Hamburg, 12. Mai 1928 — 42. Jahrgang. Nummer 19

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postscheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Ueber 50000 Mitglieder!

Rastloser Aufklärungsarbeit all der Kollegen, denen der Dienst für ihre Berufsorganisation am Herzen liegt, und die darum sich der Arbeit unterziehen, die mit der Werbung neuer Mitstreiter in Reih' und Glied unseres Verbandes verbunden ist, ist es in erster Linie mit zu danken, daß wir im März dieses Jahres

mehr als 50000 Verbandsmitglieder

mustern konnten. Somit ist unsere kürzlich ausgesprochene Hoffnung in Erfüllung gegangen, daß dem — wenn natürlich auch nur geringen — Mitgliederfortschritt im letzten Winter ein weiterer Fortschritt folgen möge.

Nach den planmäßigen und vielseitigen Vorbereitungen, die der Verbandsvorstand in den letzten Wochen betrieben hat, um die Agitationsarbeit unserer Filialen und Bezirksleitungen zu beleben, ist bestimmt mit einem weiteren Mitgliederaufschwung in diesem Vierteljahr zu rechnen.

Das zeigen uns die bisher schon erfolgten Materialbestellungen. Das zeigt uns aber auch die frohe Zuversicht, die aus den uns zugegangenen Berichten vieler Filialen herausklingt.

Mit erfreulichem Verständnis für den Ernst der allgemeinen Wirtschaftslage und die aus der ungünstigen Situation auch des Maler- und Lackierergewerbes unserer auf praktische Erfolge gerichteten Gewerkschaftstätigkeit hervorgehenden Widerstände würdigt die übergroße Mehrzahl unserer Filialen **die Ergebnisse unserer letzten zentralen Lohn- und Tarifverhandlungen** als einen respektablen Erfolg, von dem man zwar nicht restlos befriedigt sein braucht, der aber anzuerkennen ist als eine wertvolle Etappe zu weiteren Fortschritten auf dem seit Jahrzehnten konsequent beschrittenen Wege zu unserem höchsten Ziel.

In diesen Wochen muß sich zeigen, ob die in den meisten Lohngebieten zu veranstaltenden örtlichen Verhandlungen über die Ausgestaltung des Reichstarifvertrages bei den Tarifparteien mit dem erforderlichen Verständnis geführt werden und ob die neugeschaffenen Tarifinstanzen sich bewähren.

Unser in Rheinland und Westfalen durchgeführter Lohnkampf, durch den die dortigen Malermeister durch Streik zur Annahme eines Schiedsspruches gezwungen werden mußten — der dem entspricht, was wir zentral erreichten — zeigt, wie notwendig die stete Kampfbereitschaft unseres Verbandes ist.

Das zeigen aber auch die zahlreichen **Kämpfe in der Industrie**, an denen Tausende unserer Lackiererkollegen beteiligt sind.

Auch die durch die gegenwärtige Wahlbewegung erfolgende Aufklärung über die Sünden der Bürgerblockparteien und über die Notwendigkeit, einen unmittelbaren Einfluß durch Mitbeteiligung an den zu schaffenden Regierungen auf die demokratisch-republikanisch durchzubildende Staatsgewalt auszuüben, wird unsere Gewerkschaftsarbeit erfolgreich befruchten. Sie bereitet zukünftige Erfolge vor und stärkt Erwartungen, die das Vertrauen in die nur durch den Widerstand im gegebenen Moment noch unüberwindlicher Tatsachen gehemmte Macht der Organisation erhöhen und uns weitere Kollegenkreise zuführen wird.

So muß die in Fluß gekommene **Agitation unablässig fortgesetzt** und es müssen nicht nur die **Maler**, sondern auch die **Lackierer und alle andern Berufsgruppen** dazu mit herangezogen werden.

Größtes Gewicht ist auf die Organisierung der Lehrlinge und Jungkollegen zu legen, weil anders die gerade mit diesen betriebene Ausbeutung und der unter den Arbeitgebern noch herrschende Zunftgeist nicht wirksam bekämpft werden können. Wollen diese doch trotz offenkundigster Sachlage und der herrschenden Rechtsprechung das Lehrverhältnis nicht vorwiegend als ein Arbeitsverhältnis betrachtet wissen, das im Interesse aller Berufsangehörigen mit in den Bereich der tariflichen Regelung gezogen werden muß.

Sehr gute Erfolge hat auch die Werbung für das **„Fachblatt der Melar"** und für unsere sonstigen Fachschriften aufzuweisen. **Daß die Auflage unseres Verbandsorgans „Der Maler" bereits 54000 beträgt und wöchentlich weiter in die Höhe geht, zeigt, daß unsere Hoffnungen auf einen energischen Ruck nach vorwärts in den kommenden Wochen durchaus begründet sind, mögen auch die Berufsverhältnisse uns dabei nicht begünstigen.**

Tue jeder Kollege seine Pflicht! Übt strengste Kontrolle auf den Arbeitsstellen! Sorgt, daß jeder Kollege seine Beiträge zahlt, damit nicht die Drückeberger den weiteren Fortschritt zu sozialer Wohlfahrt und höherer Kultur der Kollegenschaft zu hemmen vermögen! Bringt den letzten Mann an den Verband heran! Setzt die Agitation unvermindert fort!

Gegen die Revision des Washingtoner Arbeitszeitabkommens.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat bei der Eröffnung der 39. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zu Genf folgendes **Protestschreiben**, betreffend die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag an den Verwaltungsrat gerichtet:

Bei Eröffnung Ihrer 39. Tagung wenden sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen im Namen von 14 000 000 organisierten Arbeitern an Sie, um im Hinblick auf den dem Verwaltungsrat unterbreiteten Antrag auf Revision der Washingtoner Achtstundenkonvention Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Erwägungen zu lenken:

Die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter haben der Internationalen Arbeitsorganisation in loyaler Weise ihre Mitwirkung geliehen, im festen Vertrauen darauf, daß ihre Mitarbeit beim Aufbau einer internationalen Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht vergeblich sein würde.

Die Arbeiterklasse betrachtet das Washingtoner Achtstunden-Uebereinkommen als den Grundstein der internationalen Arbeitsgesetzgebung. Eine Revision im Geiste des vom britischen Regierungsvertreter gestellten Antrages wäre gleichbedeutend mit dem Ruin des Uebereinkommens.

Teil XIII des Friedensvertrages hat den Regierungen formelle Pflichten auferlegt: das Washingtoner Achtstunden-Uebereinkommen ist der erste und bedeutungsvollste Schritt zur Erfüllung dieser Pflichten. 28 Regierungen haben dem Uebereinkommen zugestimmt, und damit die moralische Verpflichtung übernommen, den Achtstundentag, beziehungsweise die achtundvierzigstündige Arbeitswoche, den Bestimmungen der Konvention gemäß durchzuführen. Dasselbe gilt mutatis mutandis für die Arbeitgeber, von denen Vertreter aus 17 Ländern für das Uebereinkommen stimmten. Die Verleugnung der moralischen Verpflichtung zur Ratifizierung unter Zuhilfenahme einer sophistischen Auslegung des Teiles XIII des Friedensvertrages würde die Internationalen Arbeitskonferenzen zu leeren Veranstaltungen machen.

Würde die Revision im Sinne der von der britischen Regierung gemachten Ankündigung durchgeführt werden, so würde dies das Vertrauen der Arbeiter in die Internationale Arbeitsorganisation unzweifelhaft erschüttern.

Die Unterzeichneten sprechen daher den dringenden Wunsch aus, der Verwaltungsrat möge sich gegen jede Revision erklären und Mittel und Wege angeben, um eine neuerliche kraftvolle Aktion zugunsten der Ratifizierung der Achtstunden-Konvention in allen Ländern durchzuführen.

Nur durch ein derartiges Vorgehen kann das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Internationale Arbeitsorganisation aufrechterhalten werden, und nur auf diese Weise würden die Regierungen ihrem gegebenen Wort und dem Geiste des Teiles XIII des Friedensvertrages gemäß handeln."

Das Schreiben ist von den Vorsitzenden respektive Generalsekretären der 25 dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen sowie vom Sekretär des IGB. unterzeichnet.

Das Geschrei über die „hohen" Löhne.

Der papierene Feldzug gegen die Lohnerhöhungen setzt sich mit aller Schärfe fort. Es wird alles Mögliche an Material herangeholt, um zu beweisen, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften zum Untergang der Wirtschaft führen müsse. Die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland wird so dargestellt, daß es nur eines leisen Anstoßes bedürfe, um die Grundneigung zur Stabilisierung vollständig über den Haufen zu werfen und eine tiefgehende Krise heraufzubeschwören. Das Lohnkonto wird als der alles überragende Faktor im Wirtschaftsleben hingestellt. Es ist die alte Methode Löhne lediglich als Unkosten in der Produktion hinzustellen. Daß Löhne auf der andern Seite aber auch Kaufkraft bedeuten und eine in sich gefestigte Wirtschaft sehr wesentlich zu unterstützen vermögen, wird kaum in Betracht gezogen. Es ist notwendig, sich gegen eine solche Irreführung zur Wehr zu setzen. Doch bevor dies geschieht, muß man einmal einen Ueberblick auf die Dinge an sich zu werfen versuchen. Wie liegen die Verhältnisse? Es ist richtig, daß in diesem Jahr die Gewerkschaften den energischen Versuch gemacht haben, die Löhne der Arbeiterschaft in die Höhe zu treiben. Jede Konjunkturperiode zeichnet sich darin aus, daß die Arbeiterschaft das Verlangen stellt, von den Mehreinnahmen der Industrie, des Handels und des Verkehrs einen genügenden Teil abzubekommen. Leider ist das in fast allen Perioden so gewesen, daß die Hand- und Kopfarbeiter viel zu spät in den Genuß eines höheren Einkommens zu gelangen vermochten. Immer war es so, daß die Industrie Monate hindurch von einer guten Konjunktur bei niedrigen Löhnen zu profitieren vermochte. Auch in der jetzt noch anhaltenden Konjunkturperiode ist es nicht anders gewesen. Doch lassen wir einmal die Tatsachen sprechen. Der Konjunkturauftrieb begann im Frühjahr des verflossenen Jahres. Mitte des Jahres 1927 war eine ausgesprochene Hochkonjunktur in fast allen Teilen der deutschen Wirtschaft zu verzeichnen. Wie haben sich nun die Löhne und Preise in der Zeit vom Juli 1927 bis März 1928 entwickelt? Ueber die Löhne unterrichtet nachstehende amtliche Aufstellung:

	Tarifmäßige Wochenlöhne im Reichsdurchschnitt in RM.	
1927	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter
Juli	49,18	36,70
August	49,19	36,64
September	49,02	36,63
Oktober	49,21	36,94
November	49,34	36,84
Dezember	49,43	37,01
1928		
Januar	49,82	37,43
Februar	49,07	37,00
März	49,16	37,08

Diese amtliche Statistik beweist keineswegs, daß der Lohnauftrieb für die Wirtschaft katastrophal, wie die Unternehmer und ihre Organe sich auszudrücken belieben, gewesen ist. Im Februar ist im Gegenteil ein Rückgang zu verzeichnen, der jedoch nicht eingetreten ist, weil die Statistik erweitert und auf eine andere Grundlage gestellt wurde. Wie haben sich demgegenüber die Preise entwickelt? Darüber gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

1927	Maschinen	Textilien	Schuhe	Produktionsmittel	Konsumgüter
Juli	135,9	167,5	135,5	130,0	160,7
August	136,1	170,1	137,1	130,3	162,0
September	136,3	175,3	140,3	130,6	165,8
Oktober	136,6	179,0	145,3	130,9	169,4
November	136,9	181,3	148,3	133,0	171,7
Dezember	138,0	177,1	150,6	133,6	172,2
1928					
Januar	138,4	177,2	154,1	134,4	172,5
Februar	139,5	177,2	160,7	135,4	172,9
März	139,9	177,1	160,9	135,9	173,4

Stellt man die beiden Aufstellungen gegenüber, so ist keineswegs zu bestreiten, daß die Preise stärker gestiegen sind als die Löhne. Es ist zuzugeben, daß in den Tariflöhnen die wirklichen Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft nicht zum Ausdruck kommen. Falsch ist die Meinung auf jeden Fall, daß der in vorstehender Tabelle zum Ausdruck gekommene Preisauftrieb lediglich auf die Lohnbewegung zurückzuführen sei. Nimmt man den amtlichen Großhandelsindex zur Unterlage, so betrug er insgesamt im Juli 1927 137,6 und im März dieses Jahres 138,5. Die Agrarstoffe erfuhren in jener Zeit eine Senkung von 137,5 auf 131,3. Die Rohstoffe und Halbwaren erhöhten sich von 132,2 auf 133,5 und die industriellen Fertigwaren von 147,1 auf 157,3. Als Gesamteindruck der amtlich miteinander in Vergleich gesetzten Zahlen dürfte doch wohl eins als sicher anzunehmen sein, nämlich, daß die Preissteigerung für Konsumgüter die Lohnerhöhung zum größten Teil aufgehoben haben.

Es ist in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen leider üblich geworden, an die Stelle wirklicher Tatsachen Schlagworte zu setzen. Ein bis zum Ueberdruß abgeleiertes Schlagwort war die Behauptung, daß die abgelaufene Konjunkturperiode lediglich eine Mengenkonjunktur gewesen sei. Mengenkonjunktur wurde gleichgesetzt mit einer guten Geschäftslage ohne Gewinne. Daß dies nicht zutrifft, beweisen die Abschlüsse der Industrieunternehmungen. Die Wahrheit dürfte aber sein, daß der Verdienst am einzelnen Produktionsstückklein, der Gesamtumsatz aber groß gewesen ist. Der so oft propagierte Geschäftsgrundsatz: großer Umsatz, kleiner Nutzen hätte sich also im Wirtschaftsleben weitgehend durchgesetzt. Die Wirtschaft insgesamt hätte also eine Gesundung erfahren. Ein in gleicher Weise unhaltbares Schlagwort ist die Behauptung, daß der Geschäftsgang durch den Lohnauftrieb vernichtet werden könnte. Abgesehen davon, daß diese Behauptung gar nicht stimmt, sind wir nach wie vor der Meinung, daß es mit der Konjunktur längst anders aussehen würde, wenn sie nicht durch höhere Verdienste und damit gesteigerter Kaufkraft gestützt worden wäre. Die Arbeiterschaft ist heute wirtschaftlich so geschult, daß sie sich nicht durch Schlagworte hinters Licht führen läßt! Eine spätere Zeit wird den Beweis erbringen, wo der Weitblick in jenen Zeiten harter Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu suchen war.

Die Auswahl der Lehrlinge.

Wie erhält das Gewerbe einen tüchtigen, bestgeeigneten Nachwuchs? Diese Frage ist im Laufe der letzten Jahre wiederholt von Meister- und Gehilfenvertretern im Malergewerbe aufgeworfen und beantwortet worden. Ganz einheitlich aber waren die Antworten nicht. Während zum Beispiel die Innungen teilweise Beschlüsse faßten, daß nur noch Lehrlinge eingestellt werden dürfen, die mindestens das Ziel der Volksschule erreicht haben, also aus der ersten Klasse entlassen wurden, haben wir darauf hingewiesen, daß es von sozialen Gesichtspunkten aus schon nicht richtig sei, alle Lehrlinge abzulehnen, die nicht die erste Volksschulklasse absolvierten. Tatsache ist, daß ein Kind normal begabt sein kann, ohne das Schulziel zu erreichen, zum Beispiel wenn es in einem Jahre längere Zeit krank war und deshalb in diesem Jahre nicht versetzt wurde, wenn die Eltern sich um die Fortbildung des Kindes nicht kümmern, vielleicht nicht kümmern können, weil beide, Vater und Mutter, arbeiten gehen. Es gibt weiter sicher auch Fälle, in denen ein Kind nicht richtig vom Lehrer eingeschätzt wird, oder im Haus soviel Arbeiten verrichten muß, daß die Schularbeiten zu kurz kommen. Es ist aber auch längst erwiesen, daß oft Menschen, die in der Schulzeit vielleicht durch ungünstige Beeinflussung von irgendeiner Seite, oder weil die Fähigkeiten noch schlummern, nicht recht mitkommen, sich oft dann voll entfalten, wenn sie aus der Volksschule entlassen sind. Beispiele dafür könnten in großer Zahl angeführt werden. Bei der Einstellung von Lehrlingen sollte nicht nur das Schulzeugnis maßgebend sein, sondern alle Momente gewürdigt werden, die dazu dienen können, die Fähigkeiten und die voraussichtliche Entwicklung richtig zu beurteilen.

Daß neben uns auch noch andere Kreise eine von der Mehrheit der Arbeitgeber abweichende Auffassung vertreten, geht aus einem Artikel, abgedruckt in Nr. 13 der Zeitschrift „Das Maler- und Tünchergewerbe" vom 28. März 1928 hervor, in dem es unter anderm heißt:

> Dem Schulzeugnis wird in vielen Fällen ausschlaggebende Bedeutung zugemessen, und nicht ganz mit Unrecht. Bietet es doch das einzige neutrale Urteil über den jungen Mann. Doch kann vor einer Ueberschätzung des Zeugnisses nicht eindringlich genug gewarnt werden. Ein Lehrer kann mit dem besten Willen von beispielsweise 50 Schülern nicht jeden einzelnen unbedingt zuverlässig beurteilen. Gut veranlagte Schüler erhalten oft schlechte Noten, weil sie infolge mangelnder häuslicher Strenge verbummeln. Bei Beurteilung der einzelnen Noten muß vor allem auf gute Bewertungen in Deutsch und Rechnen gesehen werden. Für bestimmte Berufe, wie Maler, Konditor usw. kommt auch noch Zeichnen als wichtiges Fach hinzu. Bei schlechter Note im Betragen prüfe man, ob hier Verderbtheit oder lediglich verzeihlicher Jugendleichtsinn vorliegt. Sehr häufig werden auch lebhafte, geistig rege Schüler verkannt und erhalten schlechte Noten im Betragen. Kommt ein Schüler von einer höheren Lehranstalt, so wird das Zeugnis in der Regel wesentlich schlechter aussehen. Meist sind dies Repetanten, das heißt Schüler, die wegen ungenügender Leistungen in bestimmten Fächern nicht vorwärtskamen. Da es sich bei diesen Schülern immerhin in der Regel um solche handelt, die in der Volksschule zu den besseren gehörten, ist ein solcher Lehrling, sofern er guten Willen hat, einem, der aus der Volksschule kommt, mindestens gleichwertig.

Wenn es auch nicht bestritten werden soll, vielmehr durch die Aufzeichnungen der Eignungsprüfungs- und Berufsberatungsstellen bewiesen ist, daß Schulentlassene mit guter Schulbildung allgemein sich auch beruflich besser eignen als schlechtere Schüler, so sollte man bei der Beurteilung der Qualität der Jugendlichen doch sehr vorsichtig sein, vor allem aber keinem Jugendlichen sein Fortkommen wegen vorgefaßter Meinungen erschweren.

Börse, Kapitalbildung und Lohngestaltung.

Eine Wirtschaft, deren Industrie sich ausweitet und modernisiert, hat stets großen Kapitalbedarf. Dieser kann auf verschiedene Art und Weise befriedigt werden. Die einzelnen Werke oder Konzerne können die noch in eigenem Besitz befindlichen Vorratsaktie.. über die Börse verkaufen und aus den Erlösen die notwendigen Betriebserweiterungen oder Verbesserungen bestreiten. Sie können auch neue (junge) Aktien auf den Markt bringen oder Obligationen, also festverzinsliche Industriepapiere herausgeben, die kein Anteilsrecht an der Betriebsverwaltung gewährleisten. Ebenso bietet die Aufnahme von Bankkrediten oder Hypotheken Möglichkeiten genug, sich die notwendigen Kapitalien zur Betriebserweiterung oder Betriebsrationalisierung zu verschaffen.

In all diesen Fällen wendet sich also die Industrie an den Kapitalmarkt, entweder an den Effektenmarkt, den Kreditmarkt, den Hypothekenmarkt usw. All diese Märkte regeln sich aber streng nach den liberalen Gesetzen von Angebot und Nachfrage. In einer Wirtschaft, die eine Periode der Erweiterung und Rationalisierung durchlebt, wird stets eine große Kapitalnachfrage vorhanden sein. Die unausbleibliche Folge davon ist dann eine gesteigerte Umsatztätigkeit an der Börse und ein Steigen der Zinssätze, weshalb auch die Konjunkturtheorie aus diesen Erscheinungen stets einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung schlußfolgert.

Soweit die allgemeine theoretische Darstellung. Und nun zum wirklichen Verlauf dieser Entwicklung innerhalb der deutschen Wirtschaft. Für die Umsatztätigkeit im

Der Revolutionär der englischen Malerei.

Zum 100. Geburtstag Dante Gabriel Rossettis am 12. Mai.

Von H. Wagner.

Der Revolutionär der englischen Malerei und Aesthetik im 19. Jahrhundert war einer seltsamen Verbindung entsprossen: sein Vater war ein roter Republikaner, Dante Rossetti, aus den Abruzzen stammend, als Freiheitsdichter politisch geächtet und nach London geflohen, ein glühender Verehrer Dantes, dessen Namen er dem Sohne gab. Die Mutter war Engländerin, in ihrer nordischen Schwermutnur doch kunstsinnig genug, um auf ihren Sohn Dante Gabriel einzuwirken, dessen Feuergeist sich frühzeitig offenbarte. Der Knabe begeisterte sich an Hamlet und Faust, an den Gestalten Scotts und den alten Balladen, aber nicht minder an den Gemälden der Nationalgalerie Londons. Bald regte sich die dichterisch- malerische Doppelbegabung, genährt, befeuert von romantischem Sinn, der ihn Poe und Hoffmann aufsuchen und bewundern hieß. Edelsinn war der Kern des Wesens des durch Güte und Schönheit ausgezeichneten Rossetti, trotz aller Launenhaftigkeit, selbstquälerischem Brüten und Neigung zu bohemehafter Lebensführung. Und so verstand er es frühzeitig, Freunde nicht nur zu fesseln, sondern auch festzuhalten.

Der Fünfzehnjährige, an der Akademie studierend, deren kalter Klassizismus seinem Feuergeist wenig zu geben hatte, schloß sich zuerst eng an den damals als kühner Neuerer in bezug auf die Probleme des Lichts auftretenden Maler Maddox Brown an; mit ihm, Hunt, Millais und noch einigen andern jungen Künstlern gründete Rossetti 1848 einen Bund, der hinfort jedes Bild mit P. R. B. — Praeraphaelitische Brüderschaft, signierte. Denn alle diese Jungmaler wollten zurück zu jenen geistvollen seelentiefen und farbenkundigen Meistern, die vor Raffael, also an der Grenze der Früh- zur Hochrenaissance, gewirkt hatten, in deren Werk sich aber noch gotische Innerlichkeit und Seelenkraft mit Enthusiasmus und Liebe zu dem, was jenseits der Alltäglichkeit ist, verband. Sie haben alle ihrem Ideale nachgelebt — am meisten erreicht hat es aber Rossetti, der überhaupt der genialste in der Brüderschaft gewesen ist.

Die Praeraphaeliten gaben 1850 eine Kunstzeitschrift „Der Keim" heraus, die aber nur in vier Nummern erschien; dann ging sie ein — „weil sie nicht genug materialistisch für das Zeitalter war" — wie ein befreundeter Kritiker schrieb. In diesen Blättern veröffentlichte Rossetti seine zarten und glühenden Sonette, geistvolle Kunstbetrachtungen und eine romantische Erzählung aus dem Künstlerleben, die zugleich das Programm der Brüderschaft war.

In dieses Künstlerleben voll Jugendmut und Schaffensüberschwang trat zugleich mit dem Erfolg die große Liebe. Er lernte Elisabeth Siddal, eine bildschöne Modistin kennen; von diesem Augenblick an hat er sie geliebt, wie Dante Beatrice, hat sein ganzes Werk ihr geweiht, denn sie war ja immer wieder die Frau, die er mit Hand und Seele malte. Gedichte von wundervoll hinreißender Glut hat er ihr geschrieben, und diesen Schatz, nachdem ihm die geliebte Frau nach langem Brautstand und nur anderthalbjähriger Ehe durch die Schwindsucht entrissen worden war, als Liebesopfer acht Jahre in ihrem Sarg verborgen gehalten. Ihr Blondhaar, leuchtend auf die niedere weiße Stirn fallend, ihre weichgeschwellten tiefroten Lippen, die Anmut ihrer schlanken nervösen Hände, ihre biegsamen Formen, ihre halbgeschlossenen unergründlichen tiefen Augen, finden wir auf allen Bildern seiner ersten Schaffensperiode wieder: Elisabeth ist Maria und Rosamunde, Astarte und Sybille, sie ist die wundervolle „Beata Beatrix", die die Todverkündigung in schauernder Ekstase empfängt — und vor allem ist sie die Beatrice, auf zahlreichen Bildern, besonders auf Rossettis Haupt- und Meisterwerk: „Dantes Traum", das den Künstler im Vollbesitze seines gereiften Genies zeigt — und an dem sich nicht satt sehen kann, wer einmal in seine Gefühlstiefen eingedrungen ist. . .

Auch als Witwer ist Dante seiner Beatrice treu geblieben, ein Menschenalter hindurch, auf der Höhe des Erfolgs, gefeiert und doch in geheimnisvollem Schatten schaffend; wenn er auch nicht blind war für anderer Frauen Reiz. In seinen späteren Bildern, im „schönen Herz", in der Venus, Proserpina, sehen wir das braunrote Gelock der anmutigen Frau des großen Kritikers und Kunsthändlers Morris. Aber immer ist ein Zug dabei, der an Beatrice gemahnt. Vielleicht hat Rossettis Schwester Christina — ebenfalls eine feinsinnige Dichterin — recht, wenn sie sagt, daß er das Weib nicht malte, wie es ist, sondern wie sein Traum es schaute. Leidenschaft und Schwermut: das Temperament des Melancholikers, hat über Rossettis Leben gewaltet. Als er 1882 als Schwerleidender und vom Leben Gebrochener sterben mußte, da ging mit ihm ein Künstler dahin, der, wie wenige, es verstanden hat, die Kunst vom Reich der Sehnsucht der Seele erzählen und klingen zu lassen.

*

Effektenhandel ist das Aufkommen aus der Börsenumsatzsteuer der sicherste Gradmesser. Die Einnahmen des Reiches aus dieser Steuer betrugen:

Januar 1927	rund	6,33	Millionen Reichsmark
Juli 1927	„	5,50	„ „
Januar 1927	„	4,32	„ „

Also auf dem wichtigsten Teil des Kapitalmarktes, dem Effektenmarkte, sehen wir, im Gegensatz zu der erwarteten Umsatzsteigerung infolge erhöhter Kapitalnachfrage ein starkes Sinken der Umsatztätigkeit. Auf den Geldmarkt, wo die Zinssätze den Gradmesser bilden, trifft im wesentlichen dasselbe zu. Es betrugen die Zinssätze für:

	Monatsgeld	Tägl. Geld	Warenwechsel
Januar 1927	6,4 %	4,6 %	4,8 %
Januar 1928	8,1 %	5,4 %	6,9 %

Die hier zu beobachtende Steigerung der Zinssätze geht nicht auf die verstärkte inländische Geldnachfrage zurück, sondern ist eine Folge der Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 2 % im Laufe des Jahres 1927, wofür in erster Linie währungspolitische Gesichtspunkte maßgebend waren. Wenn wir also gemäß der bisher allgemein geltenden Konjunkturtheorie urteilen wollten, kämen wir zu dem Schluß, daß die Nachfrage auf dem deutschen Kapitalmarkt im letzten Jahre nur sehr gering war, weil für Erweiterung und Nationalisierung unseres industriellen Wirtschaftsapparates keine Aufwendungen erforderlich waren und deshalb unterblieben.

Das wäre jedoch ein ganz verhängnisvoller Trugschluß. Im Gegenteil, die deutsche Wirtschaftsgeschichte kennt kaum eine Zeitperiode, in der soviel Kapital in der Industrie zu deren Ausdehnung und Erweiterung gebraucht und verwandt wurde, wie die letzten Jahre, wie besonders das vergangene Jahr 1927. Auf die im Ausland aufgenommenen Kapitalien entfällt hiervon nur ein kleiner Prozentsatz, der überwiegend größere Teil des Kapitalbedarfs wurde nicht über den offenen Kapitalmarkt gedeckt, sondern auf andern Wegen, auf Wegen, die die Einkommensgestaltung der Arbeitnehmerschaft, also die Lohnbemessung kreuzen, und die deshalb einmal kritisch betrachtet werden sollen.

In den letzten Jahren ist die gesamte deutsche Industrie dazu übergegangen, von den rohen Betriebsüberschüssen auf Kosten des Lohnes Riesensummen einfach aus erster Quelle sofort zurückzubehalten und zur Kapitalanlage zu verwenden. Kein anderer als die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", ein ausgesprochenes unternehmerfreundliches schwerindustrielles Blatt, bestätigt diese Behauptung mit Worten und Zahlen, wie sie besser und einleuchtender nicht gegeben werden können. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 23. Februar dieses Jahres in einem „Selbstfinanzierung der Industrie" überschriebenen Artikel unter anderm: „Eine andere Form der Kapitalbildung außerhalb der Börse und des Kapitalmarktes wird demnächst größere Beachtung zu finden haben: Die Selbstfinanzierung der Industrie. Die Abschlüsse von Siemens und der AEG. haben bereits deutlich gezeigt, daß ein sehr beträchtlicher Teil der letztjährigen Gewinne unausgewiesen als arbeitendes Betriebskapital belassen wurde. Die gute Konjunktur des Vorjahres erlaubt diese Praxis, die bei den großen Unternehmungen diesmal in besonderem Umfange angewendet wird. Die Elektrizitätsindustrie läßt bereits einige rohe Schätzungen zu, auch bei der IG. kann man nachrechnen, daß die nicht ausgewiesenen Gewinne eine Höhe erreichen müssen, die die allgemeinen Vorstellungen übertrifft; und gerade in der Montanindustrie werden die kommenden Abschlüsse eine Selbstfinanzierung großen Umfangs erkennen lassen. Für die ganze deutsche Wirtschaft muß es sich um viele hundert Millionen handeln, die sich auf diese Weise aus Einnahmen in Kapital verwandeln, ohne daß der Umweg über den Kapitalmarkt gemacht wird, ohne daß dieser Teil des industriellen Einkommens zuerst als Gewinn ausgeschüttet und dann als Fremdkapital wieder aufgenommen wird. Diese Art der Finanzierung ist billiger, sie erspart Steuern, heute zudem Aerger und Mühen, sie braucht sich nicht um die Verfassung des Kapitalmarktes zu kümmern, auch nicht um die willkürlichen Eingriffe in seinen Mechanismus, wie wir sie zur Genüge erlebt haben. Aber sie ist anderseits nicht ganz unbedenklich: sie unterstützt die Tendenz, die Preise hochzuhalten, sie trägt dazu bei, das Funktionieren jenes Konjunktur-Barometers auszuschalten, das die jeweilige Verfassung des Kapitalmarktes darstellt, und kann zu einer Ueberkapitalisierung führen; aber es ist nicht daran vorbeizukommen, daß diese Selbstfinanzierung heute eine notwendige und vielfach allein mögliche Form der Kapitalbeschaffung ist."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur muß dem letzten Satz widersprochen werden, daß diese Methode heute eine notwendige und vielfach allein mögliche Form der Kapitalbildung sei. Diese Art hat nicht nur, wie es heißt, „die Tendenz, die Preise hochzuhalten", nein, sie geht auch auf Kosten des Arbeitslohnes und damit auf Kosten des sozialen Wohlergehens von Millionen Arbeiterfamilien. Aber das scheint den auf Seite der Unternehmer stehenden Volkswirten nicht einmal der Erwähnung wert zu sein. Um so deutlicher soll es von den Gewerkschaften unterstrichen werden, nach deren Meinung die Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern letzten Endes für das Volk da ist.

Nach Helfferichschen Schätzungen soll die deutsche Inlandskapitalbildung im besten Hochkonjunkturjahre der Vorkriegszeit, 1913, etwa 8½ Milliarden Mark betragen haben, davon 7½ Milliarden aus Produktionsüberschuß. Diese schon für die ruhigen und sicheren Vorkriegszeiten sehr hohe Summe ist in den Nachkriegsjahren ganz gewaltig überschritten worden. Die Reichskreditgesellschaft hat für die Jahre 1925 bis 1927 Schätzungen darüber veröffentlicht. Stellen wir die von ihr errechneten Werte mit der Helfferichschen Schätzung für 1913 in Vergleich, so ergibt sich, daß die deutsche Inlandskapitalbildung aus Produktionsüberschüssen:

1913	7,5	Milliarden Mark
1925	9,5	„ „
1926	6,3	„ „
1927	12,0	„ „

betrug. Gewiß hat auch die Arbeiterschaft an einer gefestigten Binnenwirtschaft großes Interesse, aber auch hier hat das Gute seine Grenzen; denn schon zeigen sich deutliche Spuren, daß die deutsche Wirtschaft durch das Fettpolster, das sie sich geschaffen hat, Atembeklemmungen hat, die, wenn die in dem letzten Jahre geübte Reservepolitik in demselben oder gar verstärktem Tempo anhält, zu ihrem Erstickungstode führen kann. Die deutsche Wirtschaft braucht heute mehr denn je Luft, das heißt, Absatz. Und diesen kann sie sich nur durch höhere Entlohnung der Arbeiterschaft auf Kosten der sofortigen Kapitalbildung verschaffen. Auch hoher Arbeitslohn, der, wie ja die Unternehmerpresse ungewollt selbst zugibt, durchaus möglich ist, führt entweder über ein Anwachsen der Sparkapitalien oder über vermehrte Umsatztätigkeit, der erhöhte Betriebsgewinne folgen, zu starker Inlandskapitalbildung. Die Gewerkschaften werden in den kommenden Lohnkämpfen alle ihre Kraft dafür einzusetzen haben, daß dieser Weg im Volksinteresse, wie auch im Interesse des Wirtschaftsaufstieges beschritten wird.

F. V.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik ein Segen für die Wirtschaft.

Das bekannte Wirtschaftsprogramm der Liberalen Partei in England hat in der ganzen Welt die stärkste Beachtung gefunden. An dessen Abfassung waren Leute von internationalem Ruf beteiligt. Die Tätigkeit der Gewerkschaften wird in diesem Manifest objektiv und sehr gerecht beurteilt. Ueber die Wirkung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wird folgendes gesagt:

„Es liegt im Interesse der Industrie, daß auf sie ein ständiger Druck ausgeübt wird, die Löhne zu steigern, weil dies die Betriebsleitung antreibt und ihre produktive Tüchtigkeit vermehrt. Der Druck der Gewerkschaften hat in England dieselbe Rolle gespielt, wie in Amerika die Knappheit der Arbeit und der hohe Preis, den die Arbeit deshalb erlangen konnte; er hat die Arbeitgeber gezwungen, nach Mitteln zu suchen, um die Produktion zu verbilligen, um Verschwendung zu vermeiden. Wären die Unternehmer frei gewesen von diesem Drucke, so würden sie wohl zu der leichteren, aber rückschrittlicheren Methode gegriffen haben, nämlich die Löhne niedrig zu halten. Wir wollen hoffen, daß nicht nur zum Besten der Arbeiter, sondern zum Wohl der Industrie dieser Druck auf den Unternehmer, höhere Löhne zu zahlen (for higher wages), niemals aufhören wird, obwohl man wünschen könnte, daß er konstruktivere Formen annimmt."

Wir glauben, daß das, was hier von England gesagt wird, auch auf die deutschen Verhältnisse vollinhaltlich zutrifft. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft wäre unseres Erachtens nicht in dem durchgreifenden Maße erfolgt, wenn der Druck der deutschen Gewerkschaften nicht ebenso wie in England wirksam gewesen wäre. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist also ein segenbringender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung. Bestimmte Industriekreise in Deutschland vertreten leider noch immer den Gedanken, daß es für die deutsche Wirtschaft besser sei, mehr Arbeiter zu niedrigeren Löhnen zu beschäftigen. Wir sind nicht dieser Meinung, sondern schließen uns dem Standpunkt an, wie er in dem obengenannten Wirtschaftsmanifest zum Ausdruck kommt.

Werk und Wert im Malerhandwerk.

Unter dieser Bezeichnung veranstalten die Maler- und Lackierer-Innungen von Groß-Hamburg (Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg und den Elbdörfern) im Museum für Kunst und Gewerbe am Steintorplatz vom 28. April bis 13. Mai 1928 eine Ausstellung, deren Besuch wir unsern Kollegen dringend empfehlen. Bei der Eröffnung der Ausstellung hat der Obermeister Hansen scharf die Gesichtspunkte hervorgehoben, die die Veranlassung dazu gaben, und die Ziele der Ausstellung wie folgt dargelegt:

„1. Wir wollen an den zur Schau gestellten Probearbeiten der Bevölkerung, insbesondere den baubeflissenen Kreisen, durch Beispiel und Gegenbeispiel, durch „gut", „gering" und „schlecht" zeigen, welche erheblichen Unterschiede im Material und seiner technischen Verarbeitung bestehen. Wir zeigen an den Mustern den Aufbau des Oberflächenschutzes in seinen verschiedenen Arbeitsgängen.

2. Wir wollen der Kundschaft durch diese Beispiele die Möglichkeit bieten, sich selbst ein Urteil zu verschaffen über die Ursache der Preisunterschiede, die beim Wettbewerb so oftmals als unverständlich erscheinen.

3. Wir wollen unsern eigenen Berufsgenossen das Gewissen schärfen, wollen sie ermahnen, daß sie als Meister und und Gesellen Träger und Mehrer der Handwerkskultur und des traditionellen Rufes von der guten, deutschen Handwerksarbeit sind.

Unter dem wirtschaftlichen Druck haben viele unserer Meister nicht den Mut, der Kundschaft nicht die reine Wahrheit zu bekennen. Wir wollen diese Wahrheiten daher durch unsere kollektive Aeußerung bekunden.

Die Kundschaft soll wissen, daß die Gestehungspreise für Anstrichfarben und Bindemittel sich zwischen 10 ₰ und 5 ℳ für das Kilogramm bewegen, und daß ein Quadratmeter fertigen Anstrichs oder farbiger Lackierung je nach Art und Qualität von 20 ₰ bis zu 20 ℳ an Gestehungskosten erfordert.

Neben diesen Hauptzwecken unserer kleinen Werkschau wünscht aber auch die Malerei und die Lackiererei durch Aufzeigung von Entwürfen für Raumkunst und von meisterhafter Möbelbehandlung einen Beweis zu erbringen, von dem hohen Stande ihrer kunsthandwerklichen Kräfte und Leistungen.

Der Umfang dieser Werkschau ist bescheiden, unsern Verhältnissen entsprechend. Auch hierzu mag gelten: Die Masse tut es nicht. In der Beschränkung muß sich auch hier die Meisterschaft zeigen. Ist unsere Absicht gelungen, so bitten wir um einen recht fleißigen Besuch. Allen, die zum Gelingen der Schau Arbeit, Mühe und Geld geopfert haben, herzlichen Dank zu sagen, ist mir eine angenehme Pflicht".

Arbeiter auf Ferien!

In den letzten Wochen sind wohl in den meisten Betrieben und Bureaus die Urlaubszeiten festgesetzt worden. An alle Arbeiter, Angestellte und Beamte tritt jetzt die Frage heran: Wie nutze ich am besten meine Ferien aus? Gerade wer mit der Ferienzeit und mit dem Geldbeutel so knapp gestellt ist wie der Schaffende aller Stände, muß besonders sorgfältig prüfen, wie er seine Ferien in der besten Weise verlebt.

Aus dem Gedanken, den Ferien der Arbeiterschaft einen wertvollen Inhalt zu geben, ist in den letzten Jahren die Arbeiterreisebewegung entstanden und hat immer mehr Anhänger gefunden. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet gemeinsam mit dem Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Ferien- und Studienreisen, die eine ständig wachsende Teilnehmerziffer aufweisen. Auch in diesem Sommer sind eine Anzahl schöner, interessanter Reisen ins In- und Ausland vorgesehen, unter anderm: Paris, an die Riviera, Dalmatien, Südschweizer Seen, Dänemark, Schweden-Finnland, in das Salzkammergut, nach Oberbayern-Nordtirol, an den Rhein sowie an die Nord- und Ostsee. Für jeden Geldbeutel sowie für kürzere und längere Dauer sind diese Reisen zusammengestellt. Die Kosten für diese Reisen können in bequemen Monatsraten zusammengespart werden. Wer das Geld für eine Reise in diesem Sommer nicht mehr aufbringen kann, dem kann jetzt schon ein Reisesparkonto für eine der im nächsten Jahr stattfindenden Reisen angelegt werden. Außerdem gibt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit unter dem Titel „Reiseblätter des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit" eine reich illustrierte, gut ausgestattete Reisezeitschrift heraus, die vierteljährlich erscheint und 1 ℳ pro Jahr kostet. Das ausführliche Reiseprogramm, das eine Beschreibung der Reisen nebst Reisebedingungen enthält, kann mit einer Probenummer der Reisezeitung gegen Einsendung von 35 ₰ durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bezogen werden.

Im ersten Schuljahr.

Wenn unsere Sechsjährigen jetzt die ersten Wochen der Schulzeit hinter sich haben, dann ist wohl bei den meisten der Eindruck vorhanden, daß dieses erste Schuljahr doch nicht gar so schlimm ist, wie sie es oft im stillen befürchteten. Soviel auch im Schulleben noch neu zu gestalten ist, den Erfolg haben die jahrelangen Bestrebungen der Schulreformer errungen, daß sich doch wenigstens das erste Schuljahr sehr von dem ersten Schuljahr unterscheidet, das wir Alten einmal durchgemacht haben. Damals war der Schulbeginn für uns Sechsjährige ein scharfer Einschnitt in unser Leben. Aus dem Spiele heraus ging es auf die Schulbank zu einem Lernen, das so ganz anders als das Spiel der vorhergehenden Jahre war. Wir wurden gedrillt. Von außen her versuchte man, uns die Anfänge des Lesens und Schreibens beizubringen, und das, was sich da in uns gebieterisch regte, fand keine Beachtung.

Heute hat der biologische Gedanke gesiegt, daß alles organisch aus dem Wesen des Kindes wachsen müsse und daß der erste Unterricht darum nicht frei von Spiel sein darf. Die Knetmasse gehört heute zu den notwendigen Utensilien des ersten Schuljahres in einer modernen Schule, und diese Einführung des Spiels in den Unterricht hat sich überall bewährt.

Des Spiels? Ja, des Spiels können wir sagen. Wir können aber auch sagen der Kunst. Denn es handelt sich hier um die Befriedigung der künstlerischen Triebe des Kindes. Ja, mehr noch als das. Wir können auch sagen der Arbeit. Denn dieses Spiel, diese Kunst ist dem Kinde Arbeit, ernste Arbeit, bei der es mit seiner ganzen Seele ist.

Glückliche Kinder! Euch ist Arbeit und Spiel Kunst und Eines. Ihr gestaltet und arbeitet und seid froh. Ihr seid Künstler und Schaffende, und ihr seid mit eurer ganzen kleinen Persönlichkeit bei eurem Werk. Euch ist errungen, was uns noch zu erringen vorbehalten ist. Ihr seid uns die Künder des Glücks, ihr Kleinen. Ihr zeigt uns, wie das Leben froh zu machen ist. Wenn Arbeit beglückt, dann hat das Leben Inhalt. Ihr kleinen Glücklichen sollt uns Lehrmeister sein!

*

Ich sprach einen Menschen.

Ich sprach einen Menschen. Freundlich war er und gut. Ehrlich. Was er auch sagte, er sprach es zugleich mit den Augen, den klaren, offenen Augen. Und froh war er auch. So glücklich schien er zu sein. Und wie ein Kind. So treu und so schlicht.

Mich nahm das Wesen gefangen. Es zwang mich in seinen Bann, dieser Mensch, mit dem ich da sprach. So leicht wurde mir. So sonnig ums Herz. So brüderlich glücklich in der Seele.

Warum nur? War es denn etwas Besonderes, das mir begegnete? War es denn nicht nur ein Mensch? Ein einfacher Mensch?

Ja, ein Mensch. Das war es. Ein reiner Mensch mit sonnigem Wesen, der vom Leben noch so wenig mißstaltet und müde gemacht war.

Und da dachte ich voll Sehnsucht eurer, ihr Kommenden, denen das Leben des Daseins immer solch Glück menschlicher Reinheit und Güte schenkt.

G. H.

Die Gewinnung neuer Mitkämpfer bedeutet Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen

Systematische Bildungsarbeit der Gewerkschaften.

Nur dem tätigen Gewerkschaftsfunktionär ist es gegenwärtig, welche Bildungsarbeit die Gewerkschaften geleistet haben. Die gewerkschaftliche Organisation ist an sich schon eine praktische Lehrmeisterin, um aus der namenlosen Masse tüchtige Charaktere und wahrhafte Kämpfer für die großen Ziele der Arbeiterbewegung herauszuziehen. Doch die natürliche Schule der Organisation hat nicht ausgereicht, um das nachzuholen, was die staatliche Volksschule an den Kindern der Arbeiter versäumte. Das gewerkschaftliche Bildungswesen ist bereits so mächtig in die Breite gegangen, daß es zu einem Ueberblick schon längere Ausführungen erfordern würde. Die vor einigen Wochen erschienene Broschüre „Arbeiterbildung und Volksbildung" von Theodor Leipart und Lothar Erdmann, gibt einen vorzüglichen Ueberblick über den Begriff Arbeiterbildung und über das, was die Gewerkschaften selbst und auf ihre Veranlassung und unter ihrer Mithilfe öffentliche Stellen geleistet haben. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund plant bekanntlich zwei große Internatsschulen, um die heute zersplitterte Bildungsarbeit der einzelnen Verbände zusammenzufassen.

Einzelne Verbände haben mit ihrer Bildungsarbeit sehr große Erfolge erzielt. Die Art und Weise, wie die Verbände ihre Funktionäre schulen, ist nicht einheitlich. Die größeren Verbände sind dazu übergegangen, Internatsschulen zu errichten. Erinnert sei an die Schule des Metallarbeiterverbandes in Bad Dürrenberg, die das ganze Jahr hindurch geöffnet ist. Bezirks- oder branchenweise werden laufend eine Reihe Schüler zusammengezogen, um in längeren oder kürzeren Kursen unterrichtet zu werden. Auch der Fabrikarbeiterverband hat in Wennigsen bei Hannover eine Schule eingerichtet, die hauptsächlich im Winterhalbjahr benutzt wird. Bereits 33 Kurse mit der Dauer von 14 Tagen hat der Fabrikarbeiterverband abgehalten. Insgesamt wurden 1120 Funktionäre, darunter 47 weibliche, unterrichtet. Einen ähnlichen Weg ist der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gegangen, der in einem herrlich gelegenen Lokal bei Buckow in der Mark eine Internatsschule errichtet hat. Die Schüler genießen einen schönen Ausblick auf den Scharmützelsee, der das Andenken an die Schule lange lebendig halten wird. Auch die Kurse des Gemeindearbeiter-Verbandes haben eine Dauer von 14 Tagen, die sich mit kleineren Unterbrechungen auf das ganze Jahr erstrecken. Auch der Zentralverband der Zimmerer hat im verflossenen Winter die Bildungsarbeit praktisch in die Hand genommen. Es wurden bezirksweise Funktionärkurse von achttägiger Dauer abgehalten. Die Zahl der Teilnehmer betrug bis 50 Verbandsmitglieder. Hauptsächlich wurden die Funktionäre der kleinen Städte und des flachen Landes berücksichtigt.

Das sind so einige Beispiele, die zeigen, daß weder Mittel noch Arbeit gescheut werden, um den gewaltigen Zustrom der Gewerkschaften zu formen und brauchbare Funktionäre zu systematischer Arbeit zu erziehen. Die Erfolge waren teilweise geradezu erstaunlich. Wollten wir die günstigen Urteile im einzelnen aufzeichnen, so würde das viel Raum beanspruchen. Wir treffen wohl für alle Kurse das Richtige, wenn wir die Wahrnehmungen zum Ausdruck bringen, die ein Vorstandsmitglied des Fabrikarbeiterverbandes gemacht hat: „Praktische Auswirkungen sieht man selbstverständlich nicht auf allen Lehrgebieten, mit Ausnahme der Gebiete Betriebrätewesen und Bürgerliches Recht. Seit unserm Schulwesen hat eine intensive Geltendmachung von Rechtsansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis eingesetzt. Die Erfolge der meisten Klagen zugunsten unserer Mitglieder sind verhältnismäßig zahlreich. Unsere Rechtsabteilung im Hauptbureau mußte auf drei Mann gebracht werden, während noch vor zwei Jahren ein Mann genügte. Daß auch die übrigen Lehrgebiete sich vorteilhaft auswirken müssen, ist ja selbstverständlich. Reges Organisationsleben ist überall bemerkbar. Viele Kommunisten, die durch unsere Schule gingen, kamen bekehrt heim."

Die Ausgaben, die die Gewerkschaft für ihre Bildungsarbeit aufwendete, haben, wie aus diesen kurzen Worten hervorgeht, tausendfältige Früchte getragen. Ein Grund mehr, in der systematischen Bildungsarbeit fortzufahren. Es gibt noch sehr viel in dieser Beziehung zu tun. Den großzügigen Versuchen des ADGB. kann man jedenfalls mit Interesse entgegensehen.

Was ist aus der Wochenendbewegung geworden?

Im Sommer 1927 tauchte ganz plötzlich die sogenannte „Wochenendbewegung" auf. Man propagierte den Gedanken, gleich den Engländern den deutschen Großstädtern am Ende der Woche die Möglichkeit zu geben, eine längere Zeit im Freien verbringen zu können. Diese an sich gesunde Bewegung hat zu einem praktischen Ergebnis kaum geführt. Obwohl es jetzt draußen wieder grünt und sprießt, obwohl die Vögel wieder musizieren und jeden Naturfreund aus der staubigen Enge der Großstädte hinauslocken, so ist doch eigentlich alles beim alten geblieben. Wer spricht heute noch von der Wochenendbewegung, die voriges Jahr die Gemüter so heftig ergriff?

Das „Berliner Tageblatt" hat neulich einmal eine Rundfrage veröffentlicht, die deutlich zeigt, daß der Wochenendgedanke mehr oder weniger wieder eingeschlafen ist. Der Leiter der Berliner Wochenendarbeitsgemeinschaft antwortete auf eine Frage, was durch diese Arbeitsgemeinschaft geschaffen sei, folgendes: „Gar nichts, außer, daß wir im vorigen Jahre mit 160 Gastwirten für unsere Mitglieder einen Unterkunftsvertrag abgeschlossen haben. Den wollen wir in diesem Jahre erneuern." Eine Wochenendlotterie, für die mit großen Tamtam geworben wurde, erbrachte im ganzen 9000 M. Der Berliner Bürgermeister Scholz, der im Vorjahr sich an die Spitze der Wochenendbewegung gestellt hatte, muß zugeben, daß eigentlich alles im Sande verlaufen ist und nichts Durchgreifendes geschehen konnte. Die Wochenendbewegung hat im Gegenteil die unliebsamen Folgen, daß die Bodenpreise in den Außenorten stiegen und auch sonst ein wildes Spekulantentum sich breit machte. Die ganze Bewegung ist also nahezu eingeschlafen.

Woran liegt das? Die Antwort ist verhältnismäßig einfach. Fangen wir bei der Arbeitszeit an. Diese ist noch nicht so geregelt, daß der Großstädter Sonnabendsmittag bei 1 Uhr herum frei über sich selbst verfügen kann. Nehmen wir die finanzielle Seite. Das Durchschnittseinkommen eines deutschen Staatsbürgers mit Frau und einem Kind beträgt im Monat rund 200 M. Dieses Geld verteilt sich prozentual wie folgt: 20 % Miete, 40 % Haushalt mit Gas und Licht, 15 % Kleidung und 25 % Sonstiges. Ziehen wir vom letzteren Haushaltsposten die Hälfte ab, die für unbedingt notwendige Anschaffungen gebraucht wird, so bliebe für das Wochenende, das heißt zur Stärkung des Körpers in freier Natur, nur höchstens 25 M pro Monat. Was soll man an vier Wochenenden mit einem solch kleinen Betrag anfangen? Das Fahrgeld verschlingt bereits einen großen Teil dieses Betrages. Ein einfaches Rechenexempel, das mit aller Deutlichkeit zeigt, daß die Wochenendbewegung wieder einschlafen mußte. Sie wird nicht eher durchgeführt werden können, solange es nicht gelingt, den Lebensstandard der breiten Massen wesentlich zu verbessern. Das Geschrei über die Wochenendbewegung täuscht einen Zustand vor, der nicht besteht. Deshalb ist es notwendig, einmal die nackten Tatsachen sprechen zu lassen. Nur ein steter und harter Gewerkschaftskampf wird die Voraussetzungen für ein frohes und zufriedenes Wochenende schaffen.

Thomas-More-Worte.

Niemand wird gezwungen, wider seinen Willen in einen Krieg außerhalb der Landesgrenzen zu ziehen.

Die Malerhütte Berlin 1927.

Nach dem uns vorliegenden Geschäftsbericht wurde aus dem Jahre 1926 in das Berichtsjahr ein Auftragsbestand im Werte von rund 135 000 M übernommen. Die Aufträge steigerten sich ständig, so daß Mitte März schon über 200 und im August 287 Maler tätig sein konnten. Die im Berichtsjahr gezahlten Löhne und Gehälter betrugen insgesamt 596 600 M. Von den ausgeführten Aufträgen im Gesamtwerte von 1 461 725 M betrafen 12 % Aufträge öffenlich-rechtlicher Körperschaften, 77 % Aufträge gemeinnütziger Körperschaften und Vereine und 11 % Privataufträge. Sie wurden in 54 432 Tagewerken erledigt, und zwar die Aufträge für öffentlich-rechtliche Körperschaften in 6624, die Aufträge für gemeinnützige Körperschaften und Vereine in 39 984 und die Privataufträge in 7824 Tagewerken. Die entsprechenden Rechnungssummen betrugen 167 874 M, 1 133 799 M und 160 052 M. Am Schluß des Berichtsjahrs verblieb ein Auftragsbestand von rund 235 000 M für das Jahr 1928. Die Auftragsbeschaffung wurde im Berichtsjahr trotz größerer Arbeitsmöglichkeit schwieriger, weil der starke Wettbewerb um die vorhandenen Aufträge die Preise ungeachtet einer Lohnerhöhung von 8 % und einer Steigerung der sozialen Lasten äußerst herabdrückte. Der notwendige Ausgleich mußte durch rationelles Arbeiten zu schaffen gesucht werden, was aber nur zum Teil gelang. Um unter Wahrung der Qualität wettbewerbsfähig zu bleiben, wurde von der Malerhütte das in Nummer 7 der „Sozialen Bauwirtschaft" besprochene De-Vilbis-Spritzverfahren eingeführt. Geschäftsleitung, Belegschaft und die Organe der Gesellschaft arbeiteten im besten Einvernehmen. Den Belegschaftsmitgliedern wurden unter Fortzahlung des Lohnes oder des Gehalts 1065 Urlaubstage gewährt. Die Aufwendungen hierfür betrugen 8447 M gegenüber 5676 M im Jahre 1926. Wären nur die tariflichen Urlaubstage gewährt worden, dann wären nur 387 Urlaubstage mit einer Vergütung von 2322 M in Frage gekommen. Kranke Belegschaftsmitglieder erhielten aus dem Wohlfahrtsfonds eine Sonderunterstützung in Höhe von 780 M. Auch die Arbeitsanzüge werden geliefert. Am 1. Juli 1927 wurde die Auto- und Möbellackiererei eröffnet, die aber nur langsam in Gang kam, weil ihr erster Betriebsleiter gleich zu Anfang seiner Tätigkeit erkrankte. Vom 1. Januar 1928 an arbeitet diese Abteilung unter der Firma „Aumölack" als selbständige Gesellschaft. Im Berichtsjahr wurde in mehreren Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen der neue Mustergesellschaftsvertrag durchberaten, der dann am 25. Januar 1928 angenommen wurde. Der Jahresabschluß weist einen Gewinn von 11 481,23 M aus, ein guter Erfolg, der, wie der Geschäftsbericht betont, nur durch das harmonische Zusammenarbeiten aller mit dem Betrieb Verbundenen erreicht werden konnte.

Massenproduktion und Massenarbeitslosigkeit

Henry Ford hat dieser Tage in einem weitverbreiteten Interview zur Wirtschaftslage seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Kapitalismus, die steigende Absatznot und die grauenvolle Arbeitslosigkeit leicht zu überwinden wären, wenn die von ihm propagierten und in vielen Jahren praktisch erprobten Wirtschafts- und Arbeitsmethoden allgemein durchgeführt würden. Dieser rosige Optimismus Henry Fords wird heute von einer großen Anhängerschaft geteilt, die, geblendet von der technischen Wunderwelt seiner riesigen Produktionsanlagen und verführt vom Zahlenfieber kapitalistischer Produktionsstatistiken, die wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Massenproduktion übersieht. Man schreibt der Massenproduktion das große Verdienst zu, den gewaltigen nationalen Reichtum Amerikas geschaffen zu haben. Neun Zehntel aller europäischen Wirtschaftsreformer sehen in ihr das Ziel ihrer Bestrebungen. Sie vermindere die Produktionskosten, steigere die Ergiebigkeit menschlicher Arbeit, senke die Preise und erhöhe die Löhne. Henry Ford wurde zum Typus und Symbol dieser Massenproduktion; das Wort „Fordisierung" ist in den Wortschätzen von einem Dutzend europäischer Sprachen übergegangen. Bei dieser Lage schulden wir der bekannten amerikanischen Zeitschrift „New Republic" (vom 7. März) unsern besonderen Dank, einmal in einem eingehenden und gut unterrichteten Aufsatz unter der glänzenden Oberfläche die andere Seite der Massenproduktion aufzudecken: die Armut und Unsicherheit der Existenz für die Arbeit als Folge davon, daß Ford sich bei der Umstellung auf Massenproduktion recht wenig um den Faktor der menschlichen Arbeitskraft kümmerte.

Von der Angestelltenpolitik Henry Fords werden etwa eine halbe Million Menschen direkt oder indirekt getroffen. In der Periode zwischen dem Höchststand der Produktion seines Modells T (Januar 1926) und ihrem Tiefpunkt (während der Einführung des Modells A) sind etwa 37 000 Arbeiter und Angestellte aus seinen Lohnlisten gestrichen worden. Die vom Unternehmerverband der Stadt Detroit veröffentlichten Ziffern über die Gesamtbeschäftigung weisen für den gleichen Zeitraum einen Rückgang der Beschäftigung um etwa 60 000 auf. Das ist keine schlechte Schätzung für die Gesamtzahl der freigesetzten Arbeitnehmer sowohl in den Fordschen Fabriken selbst wie in den Verkaufsgeschäften für Automobile und Zubehörteile. Für die Zahl der in andern Städten infolge des Abbaus bei Ford Freigesetzten besteht keine Schätzungsmöglichkeit, aber selbst wenn man mit einer Arbeitslosigkeit von nur 60 000 rechnet, so bedeutet das bei einem Durchschnittslohn von sechs Dollar täglich eine Lohneinbuße von neun Millionen Dollar monatlich für die Arbeiter und ihre Familien, ohne Berücksichtigung aller derjenigen, die ihnen Lebensmittel, Wohnungen und Dienstleistungen verkaufen.

Ford scheint, wenn er überhaupt darüber nachgedacht hat, der Meinung gewesen zu sein, daß die „hohen Löhne", die diese Arbeiter während der Dauer ihrer Beschäftigung erhielten, ausreichen würden, um ihnen das Durchhalten zu ermöglichen. Zweifellos war dies bei einer Anzahl von Arbeitern eine gewisse Zeitlang auch der Fall. Aber Herr Kellogg hat in Detroit genügend Zeugnisse dafür gefunden, daß bei der Mehrzahl die Decke der Ersparnisse zu dünn war, um den Stoß auszuhalten. Für den städtischen Unterstützungsfonds mußten im Jahre 1926 600 000 Dollar mehr angefordert werden als im vorhergehenden Jahr (Ford und seine Familie haben 175 000 Dollar zu diesem Fonds beigesteuert). Die 1927 verteilten Unterstützungen waren um eine Million Dollar höher als 1925 und größer als in den Jahren 1925 und 1926 zusammengenommen. Zahlreiche Familien waren gezwungen, ihre Wohnungen zu räumen und mußten aus öffentlichen Mitteln untergebracht und erhalten werden. Kranke, die bisher Aerzte aufgesucht hatten, gingen in die öffentlichen Kliniken, von denen manche die zwei- bis dreifache Patientenzahl verzeichneten. Kinder mußten von ihren Eltern entfernt und in andern Haushaltungen untergebracht werden.

Die Massenproduktion hat zu einer Uebertreibung der Standardisierung geführt, die, indem sie die Anpassung an Veränderungen der Nachfrage erschwerte, die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigte. Das Umschalten beziehungsweise Auswechseln der Spezialmaschinen für einen veränderten Arbeitsprozeß wurde durch die Massenproduktion außerordenlich erschwert und verzögert. Der technische Produktionsapparat wird festgelegt auf ein Spezialprodukt bestimmter Ausführung, so daß die Anpassung an veränderte Marksituationen wesentlich erschwert ist. Erfolgt ein allzu häufiger und schneller Wechsel im Bedarf und in der Nachfrage des Publikums, so kann leicht der Fall eintreten, daß die Kosten der notwendig gewordenen Umstellung größer sind als die durch Massenproduktion erzielten Gewinne. Sie hat zudem Scharen von Arbeitern so völlig einseitig ausgebildet, daß sie unmöglich andere Stellungen in andern Betrieben ausfüllen können, selbst wenn solche vorhanden wären. Diese einseitige Ausbildung macht es Ford anderseits auch sehr schwer, entlassene Arbeiter später wieder einzustellen oder andere geeignete Arbeitskräfte für schwierigere Arbeitsverrichtungen bei der Herstellung seines neuen Modells zu finden. Die Standardisierung und Vereinfachung der Produktion hat — so scheint es — eine Standardisierung der menschlichen Geschicklichkeit auf einem zu niedrigen Niveau zur Folge gehabt.

Sicherlich können wir uns heute einer gewissen Form von Massenproduktion nicht mehr entziehen. Kein vernünftiger Mensch wird die Rückkehr zur handwerksmäßigen Herstellung von Gebrauchsgütern befürworten. Wenn wir die schädlichen Wirkungen der Massenproduktion unterstreichen, so kann das nur den Zweck haben, zu erkennen, in welcher Weise sie vor sich gehen muß, um den Interessen der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit besser zu dienen als bisher.

Jeder Berufskollege muß Verbandsmitglied sein! Keiner darf mehr abseits stehen!

Kein Landwirt würde auf den Gedanken kommen, seine Pferde während der Zeit, wo er sie nicht braucht, hungern zu lassen. Aber weil der Arbeiter „frei" ist und vielleicht auf fremden Wiesen grasen könnte, wirft man ihn aus dem Betrieb, sobald seine Arbeit beendet ist. Bisher ist es keinem an verantwortlicher Stelle Stehenden eingefallen, daß der Arbeiter zum Betrieb gehört, daß er zur Erzeugung der Ueberschüsse mitgeholfen hat und daß daher ein Teil von ihnen zurückgelegt werden könnte, um in Zeiten der Produktionsstockung für ihn zu sorgen, gerade so wie für den Betrieb, für die Aktionäre und die Konsumenten gesorgt wird.

Feststellungen des wirtschaftlichen Forschungsinstituts der Vereinigten Staaten bestätigen, was oben angedeutet wurde, daß nämlich in den Schwankungen zwischen guter und schlechter Konjunktur der Einkommensstrom, der zu den Aktienbesitzern geht, beständiger bleibt und weniger zurückgeht als irgendeine andere Art des Einkommens. Die Lohneinkommen dagegen werden stärker in Mitleidenschaft gezogen als alle andern Einkommensarten. Der Grund ist, daß aus den Profiten Rücklagen geschaffen werden, um den Strom der Zahlungen an die Geldgeber zu stabilisieren, während die Industrie nicht daran denkt, Rücklagen für die Sicherung der Arbeiter zu schaffen. Fords erfinderische Sachverständige, die die Welt nach neuen Aufnahmemöglichkeiten für seine Produkte absuchen, sind bisher noch nicht in die Verlegenheit gekommen, neue Möglichkeiten der Sicherheit für die Arbeiter (die im Grunde gar nicht so neu zu sein brauchten) ausfindig zu machen.

Auch die Methoden, nach denen in den Fordbetrieben die Auswahl der zu entlassenden Arbeiter getroffen und die Arbeit unter den Zurückbleibenden verteilt wird, sind völlig unzulänglich. Selbst in diesen verhältnismäßig einfachen Fragen kümmert man sich nicht um die Wünsche und Erfahrungen der Arbeiterschaft.

Die Arbeitergewerkschaften mit ihrer Gliederung nach Berufszweigen sind beinahe durch die bloße Tatsache der konzentrierten Massenproduktion aus der Industrie ausgeschaltet worden. Erst jetzt beginnen sie allmählich wieder in sie einzudringen, indem sie diese Gliederung lockern. Aber selbst wenn es ihnen gelingt, ihre Organisation der der amerikanischen Industrie anzupassen, wird man sie bei dem heutigen Stand der amerikanischen Koalitionsverordnungen als ungesetzlich aufs heftigste bekämpfen. Die Großindustrie der Vereinigten Staaten ist nicht gewillt, sich durch Vertretung der Arbeiterschaft zu Entscheidungen und Zugeständnissen zwingen zu lassen.

Es ist notwendig, auch diese Seite der Massenproduktion im Auge zu behalten, um die Wirklichkeit unverzerrt und ungeschminkt zu sehen. Der Kapitalismus, der eine Wunderwelt an Maschinen und sonstigen technischen Produktionsanlagen aufbaute, hat es nirgendwo vermocht, den Verteilungsprozeß in einer dem Gesamtwohl dienlichen Weise zu regeln. Auch in Amerika hat das gemessen an europäischen Verhältnissen hohe Lohnniveau das Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Kaufkraft nicht aufheben können. Ueberall findet die Produktivität im Kapitalismus eine künstliche und vorzeitige Grenze, die die Fortschritte der Technik und der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit nicht der Allgemeinheit zugute kommen läßt. Während in Europa die Arbeiterschaft in ihrem Lohneinkommen dauernd weit hinter dem erzeugten gesellschaftlichen Gesamtprodukt zurückbleibt, gelingt es zwar der amerikanischen Arbeiterschaft in den Zeiten der Konjunktur und des Arbeitsbedarfs das Lohnniveau zu heben, um jedoch in den Zeiten der Depression und Absatznot durch rücksichtslose Entlassung erheblich geschädigt zu werden. Es ist daher hier wie dort die Frage, wie lange es noch möglich sein wird, die Arbeiterschaft zu behandeln, als wäre sie eine tote Anhäufung von mechanischer Kraft. Es fragt sich auch, wie eine solche Behandlung der Arbeiterschaft sich auf die amerikanische Gesellschaft als Ganzes auswirken wird, auch wenn sie dem einzelnen Unternehmer Nutzen bringt. Wir können nur hoffen, daß die Zukunft eine andere Antwort auf diese Fragen finden wird, als sie bisher durch die „Fordisierung" gegeben wurde.

Sprachkenntnisse als Mittel zur Völkerversöhnung.

Die „Freunde der internationalen Kleinarbeit" pflegen seit längerer Zeit den Brief-, Zeitungs- und Buchaustausch zwischen Gesinnungsfreunden vieler Länder. Insbesondere nach dem großen blutigen Ringen geht ein heißes Sehnen durch die Herzen vieler, auch als einzelner internationale Beziehungen ganz persönlicher Art zu pflegen, um selbst auch ein Stück internationaler Verantwortung auf sich zu nehmen, glauben sie doch, daß ein enges Freundschaftsverhältnis zwischen Gleichgesinnten mit dazu beitragen wird, den festen Willen des Nie-wieder-Krieg für immer zu verankern. Doch daneben will man ganz persönliche Anteilnahme zusammen mit Gleichgesinnten aller Länder in den gigantischen Kämpfen der gesamten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft gegen die ebenfalls international organisierte Kapitalmacht.

Aus allen Briefen klingt aber auch hervor, daß es nicht genüge, zu wissen, daß jenseits der Berge, jenseits des Wassers Menschen leben, die um dieselben Ideale ringen. Es wird immer wieder der Wunsch laut, sich auch einmal persönlich kennen zu lernen. Und so kommt es denn, daß sich in sehr vielen Fällen dem vorausgegangenen Meinungsaustausch ein gegenseitiger Besuch beim Freunde anschließt, dessen Unkosten sich auf die Reisekosten und einige kleine Nebenausgaben beschränken. Wie sollte man aber auch nicht einen Menschen gern in seinem Heim aufnehmen mit dem man lange Zeit hindurch seine Gedanken, Empfindungen und Wünsche erörtert hat, wenn man gewiß ist, daß auch ein Mitglied der eigenen Familie dort im fremden Lande mit gleicher Freude willkommen geheißen wird. Und wo es die Wohnungsverhältnisse nicht zulassen, da werden Anstrengungen gemacht, Zeitgemeinschaften zu bilden, um wenigstens hier eine Zeitlang ein Gemeinschaftsleben mit Klassengenossen anderer Länder führen zu können.

Zur Zeit liegen wieder eine Anzahl Adressen englischer Freunde vor, die darauf warten, allerehestens eine Freundschaftskorrespondenz mit deutschen Gesinnungsfreunden beginnen zu können.

In allen Städten Deutschlands, in denen es eine sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Presse gibt, gibt es auch Genossinnen und Genossen, die eine Fremdsprache, und somit auch die englische Sprache zumindest schreiben können. Sie alle sollten ihre Sprachkenntnisse in den Dienst der Völkerversöhnung stellen. Dann sind da aber auch noch die Kinder unserer Genossen, die heute eine Schule besuchen, in der Fremdsprachen gelehrt werden. Auch diese Kinder sollten alsbald herangezogen werden, um schon frühzeitig mitzuhelfen an dem Aufbau einer persönlichen Freundschaft zwischen jungen Gleichgesinnten. Festzustellen ist übrigens auch noch, daß infolge des bisherigen Wirkens der Vereinigung überall der Wille zum Ausdruck gebracht wird, auch die deutsche Sprache zu erlernen.

Selbstverständlich wird auch der Austausch mit französischen Gesinnungsfreunden gepflegt und weiter ausgebaut.

Heute zieht der Gedanke der Völkerversöhnung vor allem seine Kraft aus der Gemeinsamkeit der Interessen des arbeitenden Volkes, und um diese mehr denn je zu festigen, ist der ständige geistige — und wenn möglich auch persönliche Verkehr des einzelnen das beste Mittel.

Alle weiteren Auskünfte erteilt die Vereinigung „Die Freunde der internationalen Kleinarbeit" in Berlin SW 19, Kurstraße 32, die auch ein zweisprachiges Blatt „Der Pionier" respektive „The Pioneer" herausgibt.

Vorwärtsschreiten der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 vorgelegt. War schon bisher ein erfreulicher Aufstieg dieses Instituts zu verzeichnen, so bedeutet der Abschluß für das abgelaufene Jahr einen besondern Abschnitt. Blättert man den Geschäftsbericht der Arbeiterbank durch, so sollte man meinen, es hier mit einem Unternehmen zu tun haben, das eine jahrzehntelange Wirksamkeit hinter sich hat. Dabei wurden es im März erst fünf Jahre, seitdem die Arbeiterbank als bescheidenes Institut unter dem Namen „Deutsche Kapitalsverwertungsgesellschaft" gegründet wurde. Das eingezahlte Kapital betrug bei der Gründung im März 1923 18 000 Goldmark. Heute hat die Arbeiterbank ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark und einen Bestand an offenen Reserven von mehr als 1 Million Mark. Die großen Privatbanken haben das deutsche Wirtschaftsleben seit Jahrzehnten mit ihrem Einfluß durchsetzt. Als die Dirigenten des Geldes waren sie in der Lage, das Wirtschaftsleben weitgehend zu beherrschen. Da war es natürlich schwer, ein Institut zur Geltung zu bringen, das auf der Kapitalkraft der Gewerkschaften, der Arbeiterbetriebe und den sozialen Institutionen aufgebaut war. Heute genießt die Arbeiterbank ein unumschränktes Ansehen. Ihr Einfluß ist selbst bei der Begebung großer Anleihen sichtbar. Im Hypothekengeschäft konnte sie sich den maßgebenden Einfluß bei einem alten Institut, der Hannoverschen Bodencredit-Bank in Hildesheim sichern. Die von den Organen der Arbeiterschaft gegründeten Wirtschaftsunternehmungen gelangten zuletzt durch die Förderung der Arbeiterbank zum Ansehen.

Gemäß dieser gesteigerten Bedeutung im Wirtschaftsleben nimmt die Arbeiterbank zu den brennenden Problemen in der Wirtschaft in ihrem Geschäftsbericht Stellung. Gegen die rigorose Drosselung der Auslandskredite wendet sich die Bank mit treffenden Gründen. Die Notwendigkeit, die verfügbaren Wirtschaftskräfte produktiv auszunützen, wird mit folgenden Worten hervorgehoben:

„Wichtiger noch als diese Frage, und doch — wie uns scheint — allzuwenig beachtet, ist das Problem wirklich produktiver Ausnutzung aller verfügbaren Wirtschaftskräfte. Uns will bedünken, daß die am Wirtschaftsprozeß beteiligten Kreise durchweg allem andern das Bestreben nach Beschäftigtsein an sich voranstellen und darüber die für die Gesamtentwicklung weit bedeutungsvollere Frage des Wie und Wo außer acht lassen. Betriebs-, Berufs- und Einzelegoismus hindert immer wieder die gerade hier unumgängliche Auslese. Schwer lastet zur Zeit auf der deutschen Volkswirtschaft die ernste Krise der Landwirtschaft. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer gesunden Fundierung gerade dieses Wirtschaftszweiges ist heute wohl Gemeingut. Nur über die einzuschlagenden Wege herrscht keine Uebereinstimmung. Uns scheint, daß man sich von der überkommenen Auffassung einer Stützung der Landwirtschaft schlechthin auf Kosten der Allgemeinheit frei machen und die Bahn für eine natürliche Auslese der innerlich gesunden und Ausmerzung der im Kern erkrankten Betriebe ebnen muß, ein Vorgang, der bei allen sonstigen Wirtschaftszweigen stets als Selbstverständlichkeit angesehen worden ist. Wenn die im Gange befindliche Reorganisation des staatlichen Kreditwesens auf diesem Gebiet dazu führen sollte, so wird die Landwirtschaft selbst, aber auch die Gesamtwirtschaft nur Vorteil davon haben können. — Auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung wird eine durchgreifende Lösung als unabweisliches Gebot bezeichnet. Man wird erwarten dürfen, daß der lange und immer wieder von fast allen Seiten ausgesprochene Wille zur Hilfe sich endlich in tatkräftige, praktische Arbeit umsetzt. Wir an unserm Teil sind bemüht, soweit es unsere Kräfte erlauben, mitzuarbeiten, und wir freuen uns, feststellen zu können, daß es uns in relativ kurzer Zeit möglich war, durch Hergabe gutgesicherter Bauzwischenkredite die Errichtung von rund 4000 Wohnungen zu ermöglichen. Wir glauben damit der Volkswirtschaft einen guten Dienst erwiesen zu haben und sind entschlossen, auch in Zukunft auf diesem Wege weiterzuschreiten."

Gewiß bedeuten die durch Unterstützung der Arbeiterbank entstandenen Wohnungen angesichts der ungeheuren Wohnungsnot nicht viel, aber wahrscheinlich würden auch diese Wohnungen nicht ungebaut geblieben, wenn die Arbeiterbank nicht eingegriffen hätte.

Bezüglich des geschäftlichen Ergebnisses der Arbeiterbank kurz folgendes: Der Umsatz für das abgelaufene Jahr betrug 1,35 Milliarden Mark, der Einlagenbestand rund 79 Millionen Mark am 31. Dezember 1927 gegen rund 36 Millionen Mark bei Beginn des Jahres. Der Reingewinn stieg auf 903 875,36 M. Es wurde eine Dividende von 10 Prozent gleich 400 000 Mark ausgeschüttet. Dem gesetzlichen Reservefond wurden 300 000 Mark, dem Spezialreservefond 150 000 Mark gutgeschrieben. Die offenen Reserven betragen somit 1 100 000 Mark, 53 875,36 Mark wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Arbeiterbank hat zur Zeit 32 Vertretungen im Reiche, 12 neue Zahlstellen wurden im Laufe des Jahres eröffnet. Beachtet man, daß der Einlagenbestand am 1. Januar 1924 200 000 Mark betrug und am Schlusse des abgelaufenen Jahres 79 Millionen Mark, so ist dies eine Entwicklung, die in der Geschichte des Bankwesens einzig dastehen dürfte.

Die Hand- und Kopfarbeiter haben alle Ursache, sich über die Entwicklung ihres Unternehmens zu freuen. Aber es muß festgehalten werden, daß eine weitere günstige Entwicklung nur möglich ist, wenn die Funktionäre der Arbeiterbewegung sich auch ferner in den Dienst der Sache stellen und alle verfügbaren Gelder der Gewerkschaften, der sozialen Institutionen usw. der Arbeiterbank zugeführt werden.

Drei Wochen als Farbenspritzer an einer Eisenbahnbrücke.

In Nr. 9, Seite 35, der Fachzeitschrift „Der Maler" erschien unter obigem Titel ein Artikel, in dem die Firma A. Krautzberger & Co., G. m. b. H., in Holzhausen bei Leipzig, als Lieferant der fahrbaren Spritzanlage genannt ist. Der Artikel stellt fest, daß eine Eisenbahnbrücke bei Bernburg mit etwa 9000 qm Fläche einen Mennige- (Bleigrund-) und zwei weitere graue Anstriche mit Faktorfarben erhalten sollte. In dem Artikel heißt es: „Das zu verarbeitende Material war Lackfarbe und war so dick, daß kaum ein Streichen, viel weniger noch ein Spritzen in Frage kommen konnte."

Rein wissenschaftlich gedacht, liegt aber in dieser Ausführung der sich daraus ergebende Mißerfolg des Gesamtanstriches; denn es liegt in der Eigenheit der Faktorfarben und aller sonstigen, rasch abbindenden Grundier- und Anstreichmittel, daß sie nur kurz, das heißt nicht gut streichfähig sind und unnötiger Zusatz von Terpentin nicht nur zu unnötigen Nebelbildungen Anlaß gibt, sondern auch die Wetterbeständigkeit des Anstriches herabsetzt. Was eine solch unfachliche Maßnahme bedeutet, ist dadurch erwiesen, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika jährlich für 2½ Millionen Dollar an Eisenkonstruktionen durch Rostzerstörungen zugrunde gehen. Auf den Erhalt der Eisenbahnbrückenanstriche übertragen, läßt sich ermessen, wieviel Millionen durch Arbeit geschaffener Werte zugrunde gehen, wenn die bezüglichen Anstreicharbeiten nicht zeitgerecht oder nicht vorschriftsmäßig zur Durchführung kommen, und dazu fehlte für den Bernburger Brückenanstrich die erste Grundbedingung, die darin besteht, daß der Anstrich nur möglichst in den Monaten Mai bis spätestens September zur Durchführung kommt, nicht aber, wie dies hier der Fall war, erst Ende Oktober. Wird um diese Zeit der bewährte Leinöl-Bleigrund gestrichen, so ist es unmöglich, daß derselbe durch Einflüsse von Wärme tagsüber so trocknet. Somit wird die Nacht über durch die Einflüsse des Nebels oder Regens der Grundanstrich zerstört, und es geht ein Verseifungsvorgang im Leinölanstrich vor sich.

Wieviel weitere Anstriche auf einen solchen krankgewordenen Grundanstrich aufgetragen werden, ist nebensächlich; ein wetterbeständiger Anstrich ist nicht zu erzielen, im Gegenteil, es wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit ein nicht wetterbeständiger Anstrich geschaffen. Es liegt in der Eigenheit der Faktorfarben, daß sie gegen besagte Verseifungseinflüsse sich günstiger verhalten wie Leinölgrund. Letzterer kann nur bei günstigem Wetter und schwächstem Auftrag innerhalb 48 Stunden soweit abbindend vortrocknen, daß der zweite Anstrich erfolgen kann. Bei vorschriftsmäßigem Ansetzen des Leinölgrundes ist aber in 48 Stunden eine solche Harttrocknung nicht zu erreichen, die gegen jede Art Witterungseinflüsse einen in sich geschlossenen Film gibt, der sich, wie erwiesen, 10 bis 15 Jahre bewährt. Nachdem diese grundsätzlichen Voraussetzungen zu dem fraglichen Brückenanstrich mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht gegeben waren, spielen die sonstigen Fehler, die noch bei Ausführung des Anstriches begangen wurden, eine untergeordnete Rolle und konnten vermieden werden, wenn die Arbeitseinteilung in bezug auf den Anstrich so getroffen worden wäre, daß derselbe im Mai beginnt, um ihn die Sommermonate über bei günstigsten Bedingungen auszuführen.

Weitere Voraussetzung wäre, daß das zum Brückenbau verarbeitete Eisen einen schwachen Leinöl-Bleianstrich erhält, der auf rost- und zunderfreies Eisen aufzutragen und tatsächlich durchgetrocknet ist, noch ehe die Brückenteile zum Versand kommen. Weitere Voraussetzung wäre, daß Schweiß- oder Heißnietstellen, an denen der Grund verbrannte, während der Montagearbeit nachgestrichen werden. Damit käme dann die auf alle Fälle gefahrbringende und zeitraubende Bleigrundierarbeit an der fertigen Brücke in Fortfall.

Soweit das Spritzverfahren in Frage kommt, wäre zu beachten:

Nebel sind nur auf Verdünnungs- oder Lösungsmittel, (Benzin, Terpentin usw.) zurückzuführen. Gegen diesen Zusatz hat sich der Farbenlieferant gewehrt, wie dies aus

Nr. 9 der Fachzeitschrift „Der Maler" vom 3. März 1928 ersichtlich ist. Farbstaub wird durch Firnis, Harze, Lacke und dergleichen Bindemittel nicht zur Lösung, sondern zur Bindung gebracht. Wenn nun das Anstreichmittel im streichfertigen Zustand geliefert und trotz den gegebenen Vorschriften, wie es in der Zeitschrift heißt, mit 50 % Terpentin verdünnt wurde, so waren die stauberregenden Arbeiten auf diese unsachliche Arbeit zurückzuführen, desgleichen die Läuferbildungen.

Soweit die Firma A. Krautzberger & Co. zur Sache genannt wurde, muß vermerkt werden, daß sie niemals für das „Nur-Spritzverfahren" eingetreten ist, sondern in allen einschlägigen Schriften und Vorträgen darauf hinwies, daß jene Anstreicharbeiten, die mit dem Pinsel rascher, vollkommener, billiger und sachlicher herzustellen sind, Pinselarbeiten bleiben sollen, und sie hat zu diesem Zweck Errechnungsbeispiele angeführt, die die Vorteile des Pinsel- und Spritzverfahrens vom rein technischen Standpunkt aus behandeln. Sachlich angewandt, bietet das Spritz-, technisch richtiger gesagt, das Sprühverfahren, gegenüber dem Pinselverfahren die drei- bis zehnfache Mehrleistung. Uebertragen auf Flächen, die sich auf Millionen von Quadratmetern erstrecken, läßt sich ermessen, wieviel Tausende von Mark pro Jahr durch das praktisch angewandte Verfahren der Volkswirtschaft erspart werden können

Um den beim Brückenanstrich angerichteten Schaden zahlenmäßig nachweisen zu können, müßte uns die ausführende Firma Hermann Theile & Sohn, Bernburg, die angeforderte Summe und die die ihr von seiten des Bauherrn, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, bewilligt wurde, angeben. Hierin dürfte der Ausgangspunkt zu dem schlechten Anstrich zu suchen sein, sonst ist eine Untersuchung oder ein Nachweis, wer die Schuld an gegebenem Fehlanstrich trägt, nicht zu ermitteln. Das ordentliche Ausstreichen der Ecken und Winkel nach dem Pinsel- oder Spritzverfahren ist an einen Preis gebunden, der, wenn er nicht bewilligt wird, zur unsoliden Arbeit führen muß und baut sich auf Arbeitslöhne und darauf ruhenden direkten und indirekten Steuern auf.

Beherrscht der ausführende Meister das Spritzverfahren nicht selbst, so kann man vom Gehilfen nicht verlangen, daß er seine eigene Haut willig zu Markte trägt, die ebenfalls gegen Nebel und Staub empfindlich ist.

Daß die Anstreichfarbe mit 50 % Terpentin verdünnt wurde ist in Nummer 9 der Fachzeitschrift „Der Maler" angeführt. Daß die Gehilfen, um das Beschmutzen des Gesichts zu vermeiden, sich über den Kopf Säcke stülpten und die Hände mit alten Strümpfen schützten und ob dieser Ausstaffierung von den Zuschauern ausgelacht wurden, ist selbstredend; ein Taucher oder Feuerwehrmann in voller Ausrüstung, der gefährlichere Arbeit auszuführen hat, hätte einen lehrreichen Anschauungsunterricht erteilt, und es genügt, daß wir hierzu auf den Vortrag des Herrn A. Krautzberger hinweisen, den er am 13. März dieses Jahres im Verein deutscher Revisions-Ingenieure im Arbeitsschutzmuseum Charlottenburg hielt, und der seitens der Firma der Schriftleitung zur Kenntnisnahme übermittelt wurde.

Daß die 3 Wochen später erfolgte Ueberprüfung mit dem Ergebnis endigte daß 4 Gehilfen mit der Pinseltechnik soviel erreicht hatten, wie die 4 Spritzarbeiter, ist ein Hinweis daß das Spritzverfahren nicht sachlich durchgeführt wurde. Der Hinweis, daß der Farbverbrauch zweieinhalbmal größer war, als beim Pinselanstrich, ist ein Beweis, daß jede Art Schulung bei Ausführung des Verfahrens fehlte; denn tatsächlich darf der Anstrich, gleichgültig, ob er nach dem Pinsel- oder Spritzverfahren ausgeführt wird, keine stärkeren Schichten aufweisen, als damit ein gehöriges Durchtrocknen der aufgetragenen Schichten gewährleistet ist, sonst sind Schrumpfungen oder Rißbildungen der Faktorfarbe nicht zu vermeiden, obzwar diese Art Materialien in wesentlich kräftigeren Lagen aufgetragen werden können, als dies bei einem Leinölgrund der Fall ist. Es könnte mithin der unnötige Materialverbrauch nur auf den 50prozentigen Zusatz von Terpentin zurückzuführen sein. Falls etwa aber ein zerstörendes Ersatzmittel zur Verdünnung der Faktorfarben verarbeitet wurde, dann geht folgendes vor sich: Die Bindemittel werden nicht nur verdünnt, gelöst, sondern auch zerstört, und Farbe, die sich nicht zerstören läßt, wird nebelartig zerstrieben und die den Arbeiter belästigende Staubbildung ist die Folge.

Für jede Kunst, ob sie sich auf die Mal-, Anstreich- oder Maschinentechnik bezieht, gibt es eine Spitze der Leistung; jedenfalls sind die Druckluftwerkzeuge, wie sie Mal- und Anstreichzwecken dienen, seit 20 Jahren so weit ausgebaut, daß ein weiterer Ausbau nichts Vollkommeneres, sondern nur Rückschrittlicheres leisten wird, und ist vom rein wissenschaftlichen Standpunkt all jene Reklame zu verurteilen, die behauptet, daß es nebelfreie, mit niedrigen Drücken arbeitende Farbspritzen gibt. Tatsächlich stäuben die Anstreichmittel am wenigsten, die mit Drücken bis zu 5 Atmosphären verarbeitet wurden, und ist diese Erscheinung rein wissenschaftlich darin begründet, daß es die farbenbindenden Oele, Harze und Kopale sind, die die Nebel- und Staubgefahr, aber auch das frühzeitige Ausweitern des Anstrichs bekämpfen

Nur Fachwissenschaft, die hieb- und stichfest ist, kann dazu führen, daß nicht Millionen von Werten nutzlos verausgabt werden, zum Schaden unserer Volkswirtschaft.

Verantwortlich für den Inhalt: A. Krautzberger, 1. Geschäftsführer der Firma A. Krautzberger & Co., G. m. b. H., Holzhausen bei Leipzig.

Lohnbewegung

In Rheinland-Westfalen

ist die Lohnbewegung unserer Kollegen beendet.

Im letzten „Maler" berichteten wir, daß bei der unverbindlichen Aussprache am Freitag, 27. April, vor dem Schlichter Dr. Joetten in Köln eine Vereinbarung zustande gekommen war, die noch der Zustimmung der Streikenden und des Innungsverbandes bedurfte. Bis mittags 1 Uhr hatte der Innungsverband seine Zustimmung erteilt. Nach und nach liefen auch die Abstimmungsresultate der Streikenden ein. Die getroffene Vereinbarung hatte nicht die ungeteilte Zustimmung gefunden. Für die Annahme stimmten 1050 und für die Ablehnung 611 Kollegen. Die erhebliche Mehrheit hatte sich für die Annahme entschieden. Nach den statutarischen Bestimmungen war die Bewegung damit beendet.

Der Rheinisch-Westfälische Maler-Innungsverband hat wie im vorigen Jahr auch diesmal auf verlorenem Posten gekämpft. Dieses wäre unschwer für einen Führer zu erkennen gewesen. Ob der diesjährige Abschluß der Lohnbewegung eine bessere Plattform für zukünftige Verhandlungen gebracht hat? Warten wirs ab! Durch den Abschluß der Bewegung sind unsere alten Forderungen auf Angleichung der Löhne nicht erfüllt worden. Ueber kurz oder lang werden wir diese wieder von neuem zu vertreten haben. Es wird sich dann bald zeigen, ob gewisse Leute aus der Vergangenheit gelernt haben.

Im Industriegebiet und Bergisch-Land haben wir die volle materielle Auswirkung des Schiedsspruches nicht erhalten. Nicht nur die Nachzahlung ist nicht erfolgt, wir mußten auch eine Lohnspanne von 6 zu 2 ₰ eingehen, ohne dafür einen Ausgleich zu erhalten. Im rheinischen Gebiet wurde die Lohnzulage von 7 auf 8 ₰ erhöht; im östlichen Westfalen von 6 auf 7 ₰. Die Lohnzulage, die nach dem Schiedsspruch nur auf die Tariflöhne zu zahlen war, muß nach der Vereinbarung auf die bestehenden Löhne gezahlt werden. Uebrigens eine Frage, über die früher niemals eine Meinungsverschiedenheit unter den Parteien bestand, heute zum Kampfgegenstand geworden ist. Die Bewegung hat allen Kollegen gezeigt, daß dann nur etwas zu erreichen ist, wenn sie alle geschlossen hinter ihrer Führung stehen.

Die neuen Löhne betragen ab 30. April in Köln 1,30 ℳ, in Düsseldorf 1,25 ℳ, in Krefeld 1,18 ℳ. Im Industriegebiet, Bergisch-Land und rheinischen Gebiet 1,15 ℳ, im östlichen Westfalen 1,03 ℳ. Diese Löhne erhöhen sich mit Ausnahme in Köln am 3. August um 2 ₰.

In den letzten Wochen haben in allen Orten recht viele Kollegen die richtige Lehre aus den Vorgängen gezogen. Hält diese Erkenntnis an, dann brauchen wir für die Zukunft keine Sorge zu haben.

Aus unserm Beruf

Dessau. Auf eine recht erfreuliche Mitgliederentwicklung darf unsere Filiale zurückblicken. In den letzten 3 Jahren ist die Mitgliederzahl einschließlich der Zahlstellen Zerbst, Roßlau und Coswig von 157 auf 268 gestiegen. Neben einer Reihe tüchtiger Funktionäre ist dies vorwiegend unsern alten, treuen Christian Sturm zu danken, der jetzt sein 25jähriges Verbandsjubiläum begehen konnte und der zugleich auf eine fast 25jährige Vorstandstätigkeit zurückblicken kann. Auch jetzt noch übt er das Amt des Vorsitzenden der Filiale aus. durch das Vertrauen seiner Kollegen wurde er Beiratsmitglied, und auf unsern Generalversammlungen ist er ein alter Bekannter, wie er auch in Dessau in der Gewerkschafts- und Parteibewegung eine allseitig geschätzte Persönlichkeit ist. Seine Kollegen, Freunde und Bekannten gratulieren ihm zu seinem Jubiläum, und insbesondere seine Verbandskollegen hoffen, ihn noch recht lange als ihren Freund und Führer an der Spitze der Organisation bei andauernd guter Gesundheit sehen zu können.

Hagen. (Nachruf.) Anfang März dieses Jahres schied unser treues und langjähriges Mitglied Fritz Gerke freiwillig aus dem Leben. Lange Krankheit, die sich auch nach einem Kuraufenthalt nicht gebessert hatte, hatte auf seine Gemütsstimmung eingewirkt. Gerke war mehr als 25 Jahre Kassierer der Filiale Hagen und hat bis zur letzten Stunde treu seine Pflicht erfüllt. In mustergültiger Ordnung hat er die Geschäftsführung hinterlassen. Wir werden sein Andenken stets ehren!

Der Vorstand der Filiale Hagen.

Gewerkschaftliches

Die Besserung des Arbeitsmarktes hält an.

Der Arbeitsmarkt erfuhr auch in der ersten Hälfte des Monats April eine erhebliche Verbesserung. In der Arbeitslosenversicherung sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 1 010 000 am 1. April auf 845 000 am 15. April, oder um rund 16,4 %. Der Rückgang der männlichen Arbeitslosen war stärker als der der weiblichen. In dem gleichen Zeitraum ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge von 197 000 auf 182 000, oder um 7,7 % zurück. Die Zahl der Notstandsarbeiter betrug 87 700. Damit hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. März bis 15. April in gleicher Weise angehalten. Rund 380 000 Hauptunterstützungsempfänger vermochten wieder Beschäftigung zu finden. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in diesem Zeitraum stärker als in dem gleichen des Vorjahres.

Ein plumper Schwindel. In dem bekannten Scharfmacherorgan „Deutsche Bergwerks-Zeitung" befindet sich in der Nummer vom 29. April 1928 ein Artikel, betitelt „Der Pfennig". In diesem Artikel wird ausgerechnet, welches Ausmaß eine Lohnerhöhung von 5 ₰ pro Stunde habe. Für den einzelnen Lohnempfänger ergebe sich ein Mehrverdienst von 120 ℳ. In den drei Hauptgruppen der Wirtschaft: Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr, Verwaltung und Heerwesen seien nach der Betriebszählung von 1925 9,35 Millionen Arbeiter beschäftigt. Eine Lohnerhöhung von 5 ₰ mache bei dieser Zahl männlicher Lohnempfänger die Mehrlohnsumme von jährlich 1122 Millionen Mark aus. Um diese ungeheure Summe würden die Produkte verteuert.

Diese Darstellung ist ein Beweis dafür, wie man durch Uebertreibungen die Belange der Unternehmer zu vertreten versucht. Nach der bekannten Arbeitgeberdenkschrift handelt es sich in diesem Frühjahr um eine Lohnbewegung, die 3,2 Millionen Arbeiter umfaßt. Also nicht die gesamte Arbeiterschaft, sondern nur höchstens der dritte Teil nimmt an der Bewegung zur Erhöhung der Löhne teil. In einem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung" kommt Edmund Kleinschmitt auf das nämliche Thema zu sprechen. Dabei führt er folgendes aus:

"Die bis jetzt vorliegenden Neuabschlüsse oder Schiedssprüche bringen in den Spitzengruppen Lohnerhöhungen von 6 bis 8 ₰ pro Stunde. Läuft die Bewegung so weiter, so erhöht sich das Lohnkonto der ganzen Wirtschaft um einen Jahresbetrag von rund 500 Millionen Mark. Das ist etwa ein Drittel des Betrages, um den die Beamtengehälter kürzlich erhöht worden sind; es ist der achte Teil des letztjährigen Passivbetrages der Handelsbilanz; es sind etwa 40 % des Aufkommens an Lohnsteuer in Deutschland; es sind 6 bis 7 % der letztjährigen Kapitalneubildung in Deutschland, und Schließlich hat die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" geschätzt, daß die „Selbstfinanzierung" der deutschen Unternehmungen „viele Millionen" betrage. Diese Größenverhältnisse dürfen nicht übersehen werden, wenn ein allzu eifriger Sensations- und Propaganda-Apparat die Probleme zu übertreiben droht."

Das dürfte der Wahrheit wesentlich näherkommen. Die Pfennigrechnung der „Bergwerks-Zeitung" ist auf einer jener Versuche, mit plumpem Schwindel die Oeffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft aufzuhetzen. Das soll uns jedoch nicht hindern, konsequent den bisher eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Zu späte Erkenntnis. In zahlreichen Gegenden Deutschlands erlebten wir in den letzten Jahren, daß ein arbeitsloser Arbeiter nur dann wieder Arbeit bekommen konnte, wenn er Mitglied des Stahlhelms war. Andere, die für Entlassung aus irgendwelchen Gründen befürchteten, wurden Mitglied der gelben Werksvereine, die hauptsächlich von den Unternehmern gehegt und gepflegt werden. Doch das Unglück schreitet schnell! Bekanntlich wurde in diesen Tagen auf der Dortmunder „Union" der Vereinigten Stahlwerke ein Hochofen ausgeblasen. 2000 Arbeiter gelangten zur Entlassung. Auch auf der „Union" besteht ein sogenannter Werkverein. Wer aber nun glaubt, daß die Mitglieder dieser Sumpfpflanze nicht entlassen worden wären, der ist schwer auf dem Holzwege. Ja, man könnte beinahe behaupten, prozentual sind mehr „Gelbe", wie freigewerkschaftlich Organisierte entlassen worden! Einer von diesen Armen äußerte sich einem Arbeitskollegen gegenüber: „Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich nie Mitglied des gelben Werkvereins geworden, sondern hätte mich längst meiner Berufsorganisation angeschlossen. Jetzt ist es zu spät!" Ein Eingeständnis, das in der Tat zu spät kommt. Es ist gut, daß die Unternehmer ihren Schützlingen selbst diese harten Lehren erteilen. Hoffentlich gibt es nicht viele solcher irregeleiteten Arbeiter und Angestellten, die nach solcher Enttäuschung ausrufen: Zu spät! Eine Umkehr vorher ist besser.

Vorsicht bei Entlassungen! Gewöhnlich wird dem Arbeiter bei seiner Entlassung der Restlohn ausgehändigt neben seinen Entlassungspapieren Zumeist muß er gleichzeitig quittieren, daß er seinen Restlohn und die Papiere erhalten hat. In vielen Fällen übersieht der Entlassene dabei einen fast überall vorgedruckten Satz, in dem es heißt, daß „der Unterzeichnete keinen weiteren Anspruch an die Firma hat". Wenn dann noch Lohnforderungen rückständig sind, wird der Kollege bei einer Klage oftmals abgewiesen, obwohl ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß er einen Lohnverzicht unterschrieben hat. Das ist besonders dann fatal, wenn es sich um keinen „allgemeinverbindlich" erklärten Lohntarif handelt. Darum heißt es immer wieder: Aufgepaßt, um sich vor Schaden zu bewahren!

Um den Achtstundentag im Baugewerbe. Die baugewerblichen Unternehmerverbände hatten ihre Anträge auf Verlängerung der Sommerarbeitszeit auch der preußischen Regierung in Eingaben vom 12. November 1927 und 2. April 1928 unterbreitet. Das hierfür zuständige preußische Ministerium für Handel und Gewerbe hat zunächst die Vertreter der Unternehmerverbände gehört und sie die Gründe für die Anträge vortragen lassen, und anschließend daran auch den Vertretern der Arbeiterverbände Gelegenheit gegeben, sich zu den Anträgen zu äußern.

Unterm 24. April hat nun das Ministerium für Handel und Gewerbe den Unternehmerverbänden seine Entscheidung übermittelt. Den Arbeiterverbänden ist Abschrift davon zugegangen. In der Entscheidung heißt es:

„Nach der Prüfung der Angelegenheit vermag ich im Hinblick auf die wenig erfreulichen Aussichten für die Entwicklung der Bautätigkeit ein Bedürfnis für eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe durch behördliche Genehmigung gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 der Arbeitszeitverordnung gegenwärtig nicht anzuerkennen. Eine derartige Genehmigung kommt auch schon deshalb für ganz Preußen nicht in Betracht, weil in wichtigen Teilen der Regierungsbezirke Stettin, Schleswig, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Aurich eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit besteht. Sofern in einzelnen Landesteilen besondere Verhältnisse, wie Mangel an Arbeitskräften, vorliegen, sind die Regierungspräsidenten, für kleinere Bezirke und in Einzelfällen, insbesondere zur rechtzeitigen Fertigstellung von Bauten aus dringenden Gründen, die Gewerbeaufsichtsämter gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 der Arbeitszeitverordnung befugt, eine Verlängerung der Arbeitszeit zu genehmigen.

gez. Dr. Schreiber."

Die Unternehmerverbände werden von dieser Entscheidung wenig erbaut sein. Daß sie aber nunmehr ihre Bemühungen, den Achtstundentag im Baugewerbe zu zerschlagen, aufgeben werden, ist durchaus nicht zu erwarten. Sie sollten allmählich zu der Einsicht kommen, daß sie in diesem Punkte bei den baugewerblichen Arbeitern auf Granit beißen.

Genossenschaftliches

Die Wirtschaft sucht neue Wege. Ein sehr eindringliches Beispiel dafür, wie durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, einer guten Geschäftsführung und energischen Zupacken Vorteile für die Konsumenten herausgeholt werden können, zeigt auch dieses Mal der Geschäftsbericht des größten deutschen Konsumvereins, der „Produktion" in Hamburg. In den einleitenden Ausführungen über die allgemeine Lage der Wirtschaft finden wir folgende

Worte, die die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft trefflich kennzeichnen: „Die Wirtschaft sucht neue Wege. Immer zahlreicher werden diejenigen, die nur als Verkäufer ihrer Arbeitskraft und als Verbraucher in der Wirtschaft stehen, ohne eine Möglichkeit direkten Einflusses. Aber es ist auch deutlich zu sehen, daß die Verbraucher nicht länger gleichgültig bleiben. Sie erkennen ihre Lage und sind gewillt, sich nicht mehr ausschließen zu lassen. Noch ist alles im Werden. Die Umwälzungen sind gewaltiger und gehen schneller vor sich als je. Schon ist zu erkennen, daß es für die Menschheit aus dieser Entwicklung nur einen Ausweg gibt, nämlich: Leitung der Wirtschaft durch die Gesamtheit der beteiligten Verbraucher. Am Ende der Profitwirtschaft, die geschichtlich große Aufgaben zu lösen hatte und in einem bestimmten Abschnitt der menschlichen Entwicklung notwendig war, steht die Gemeinwirtschaft. An der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken und sein Kommen zu beschleunigen, sind die Konsumgenossenschaften in erster Linie berufen. Die „Produktion" hat auch im 29. Jahre ihres Bestehens durch bewußtes Ausbauen der vorhandenen Einrichtungen in dieser Richtung gewirkt. Wie segensreich ihre bisherige Tätigkeit war, werden erst kommende Geschlechter richtig zu würdigen wissen. Die Gegenwart hat jedoch an Hand des Geleisteten ebenfalls die Möglichkeit, sich von der Kraft der Idee zu überzeugen."

Über die Entwicklung der „Produktion" im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Zahlen, die für sich selbst sprechen: Mitgliederzunahme 20 520, Bestand Ende 1927 92 129; Bestand der Sparkasse am Jahresschluß 1927 10,4 Millionen Mark; Grundbesitz der „Produktion": 19 Grundstücke mit insgesamt 202 Wohnhäusern, in denen sich 15 044 Wohnungen und 190 Läden befinden; Gesamtumsatz 1927 65 773 792 M. Die Mitglieder erhielten eine Rückvergütung von 5 %. Die „Produktion" unterhält 17 eigene Betriebe, in denen 1531 Personen beschäftigt werden. Die Schlachterei hat einen Umsatz von 23,1 Millionen Mark. Außer erheblichen Mengen Gefrierfleisch wurden 103 840 Tiere geschlachtet. Umsatz der Bäckerei 3 791 262 M. Die Möbelfabrik hatte einen Umsatz von 1,4 Millionen Mark. Ende 1927 besaß die „Produktion" insgesamt 387 Läden. Das sind nur einige Zahlen aus dem großen Ziffernwerk des Geschäftsberichts der „Produktion". Ihnen erläuternde Worte hinzuzufügen, erübrigt sich.

Sozialpolitisches

100 Millionen Reingewinn des Farbentrusts.

Die IG. Farbenindustrie A.-G., bekanntlich neben dem Stahlverein das größte deutsche Industrieunternehmen, verzeichnet für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 100 812 133 M. Der Rohgewinn wurde nicht mitgeteilt. Wie im Vorjahre wurden vorher rund 75 Millionen Mark für Abschreibungen zurückgestellt. Das Aktienkapital der IG. Farben beträgt bekanntlich 1100 Millionen Mark. Auf die Stammaktien (insgesamt 900 Millionen Mark) werden 12 % Dividende verteilt. Für 1926 betrug die Dividende 10 %; 4,4 Millionen Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Reingewinn erfuhr gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 32 Millionen Mark. Man wird den Geschäftsbericht abwarten müssen, um die Bilanz der IG. Farbenindustrie vollständig beurteilen zu können. Namentlich, wieviele Aktienstücke von den 900 Millionen Mark noch in den Händen der Gründerkonsortien sind und somit von der Dividende ausscheiden. Aber aus den kurzen Mitteilungen der Aufsichtsratssitzung geht schon hervor, daß der Farbentrust ein glänzendes Geschäftsjahr hinter sich hat. Ein Reingewinn von 100 Millionen Mark fließt nahezu restlos den Aktionären in den Schoß.

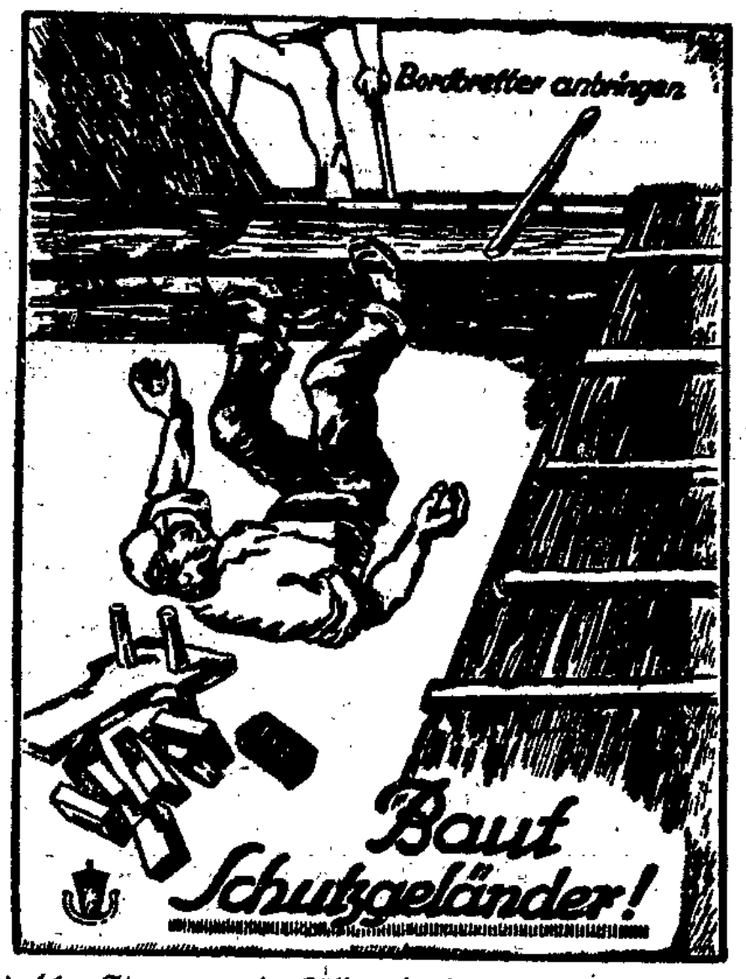
Die internationalen Bestrebungen der Notenbanken.

Ein Beweis für das starke Ineinanderwachsen der Wirtschaften der einzelnen Länder ist die seit einigen Jahren sich anbahnende internationale Zusammenarbeit der Notenbanken. Die Notenbanken haben in den kapitalistisch und weltwirtschaftlich orientierten Staaten eine hohe volkswirtschaftliche Aufgabe. So ist es nicht verwunderlich, daß alle paar Monate die Leiter der Notenbanken zusammenkommen. Nächstens soll in Paris eine Konferenz der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilungen der wichtigsten Notenbanken stattfinden, der unter andern auch der Vertreter der Reichsbank, der Bank von Frankreich, der Bank von England und der amerikanischen Notenbanken beiwohnen werden. Auch dies ist eine Kette auf dem Wege enger Zusammenarbeit. Man faßt einen ständigen internationalen Informationsdienst der Notenbanken ins Auge, wodurch günstige Erfahrungen ausgetauscht werden sollen.

Steuerlasten und Kapitalbildung.

Es ist erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit Begriffe und Gedanken immer und immer wiederholt werden, wenn man damit einen gewissen Zweck verfolgt. Solche immer wiederkehrenden Worte sind die hohen Belastungen des Staates und für soziale Zwecke. In jedem Geschäftsbericht und in jeder Rede, die ein Wirtschaftsmensch hält, findet man sofort die Walze von den hohen steuerlichen und sozialen Belastungen. In der „Frankfurter Zeitung" wurde kürzlich auf diese Art des ewigen Kritisierens ohne tiefere sachliche Gründe mit folgenden treffenden Worten eingegangen:

„Der Feld-, Wald- und Wiesengeschäftsbericht der deutschen Aktiengesellschaft, in dem so gut wie nie die Klage über die Steuerlast fehlt, macht sich die finanzpolitische Argumentation gewöhnlich zu leicht. Er fragt nicht so sehr danach, ob der Staatsfinanzbedarf wirklich zu hoch ist, ob die Staatseinnahmen rationell verwendet werden, an welchen Stellen und wieviel gespart werden könnte, an welchen andern Stellen dafür aber wichtige Bedürfnisse der Volksgesamtheit vom Staat noch nicht genügend befriedigt sind. Er fragt, mit andern Worten, nicht danach, ob Kollektivbedarf und Individualbedarf optimal gegeneinander abgewogen sind, er kümmert sich auch selten darum, ob die Gesamtlast im Ernst wirtschaftlicher und gerechter verteilt wäre, wenn man für die Kapital- und Unternehmungseinkommen Erleichterungen schaffen und dafür den durch Lohnabzug, indirekte Steuern und Zölle ohnehin außerordentlich belasteten Massen weitere Bürden auferlegen würde. Der gewöhnliche Geschäftsbericht atmet meist nicht diesen Geist staatsbürgerlichen Gemeinsinns und finanzpolitischen Verantwortungsbewußtseins, sondern quittiert jede starke Beeinträchtigung der Erträgnisse (ohne die es nun einmal nicht geht) mit Mißvergnügen, auch wenn der verbliebene Gewinn gar nicht gering ist."



Das genannte Blatt weist dann darauf hin, wie sich trotz der Belastung durch Abgaben und Steuern die Kapitalbildung entwickelt hat: „Wenn dennoch die Kapitalbildung sich wenigstens im Jahre 1927 dem Vorkriegsumfange genähert hat, so muß das als eine erstaunliche Leistung angesehen werden; es ist danach schwerlich noch am Platze, verallgemeinernd über einen Mangel an Sparsinn in der Bevölkerung zu klagen. Zwar ist es einstweilen wohl nicht möglich, den Umfang der Kapitalbildung halbwegs exakt zu bestimmen, und wenn wir ihn in anderm Zusammenhang für 1927 auf Grund vielfältiger Ueberlegungen auf mindestens 9 Milliarden Mark (die Reichskredit A.-G. auf 7,6 Milliarden Mark) angaben, so hat das in der Hauptsache nur Veranschaulichungswert."

Die „Frankfurter Zeitung" weist dann auf das Anwachsen der Spareinlagen hin, die einen beträchtlichen Umfang angenommen haben und dem Zuwachs in der Vorkriegszeit nicht viel nachstehen. Dann heißt es weiter: „Ganz dieselbe Sprache redet die Emissionsstatistik, die den Sparprozeß von seiner andern Seite beleuchtet. Im Jahre 1926 wurden nach dem Ergebnis der Stempelstatistik 4176 Millionen Mark Aktien und Obligationen im Inland abgesetzt, 1927 noch etwas mehr, 4320 Millionen gegen 3696 Millionen Mark im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1913."

Diese ungeheuren Summen sind an die Börse geflossen, sie stammen sicher nicht von Arbeitern und Angestellten. Den Worten der „Frankfurter Zeitung" braucht man wenig hinzuzufügen. Sie stammen von einem bürgerlichen Blatte, das durchaus nicht in den Geruch steht, allzu feindlich gegen das Kapital eingestellt zu sein. Aber selbst bürgerliche Schriftsteller kommen zur Ueberzeugung, daß die Oeffentlichkeit auf die Dauer nicht nach dem Motto behandelt werden kann: Lerne klagen ohne zu leiden!

Warum muß das Ausland soweit voraus sein?

Es ist kein Geheimnis, daß bezügliche der landwirtschaftlichen Produktion das Ausland weit voraus ist. Dafür ein kleines Beispiel. Im Westen Berlins fährt seit einiger Zeit ein schmuckes Auto mit frischem Gemüse und frischem Obst von Haus zu Haus und bietet der Kundschaft eine höchst saubere und appetitlich aussehende Ware an. Dieses Auto ist von holländischen Gemüseimporteuren in Gang gesetzt worden und vertreibt fertiges Frühgemüse. Holland liegt auf demselben Breitegrad wie Deutschland. Und da fragt man sich erstaunt, wie es möglich ist, daß eine Stadt wie Berlin, die ungefähr 600 bis 700 Kilometer von Holland entfernt liegt, täglich mit frischem Gemüse versorgt werden kann. Man fragt ferner, wie es möglich ist, daß die deutsche Landwirtschaft sich nicht aufzuschwingen vermag, erstens solche Ware überhaupt in dieser Jahreszeit zu erzeugen, zweitens den Dienst an Kunden in derartiger Weise zu organisieren. Warum muß die ausländische Konkurrenz immer und immer wieder als Schrittmacher auftreten? Das Gleiche ist der Fall mit der Butterversorgung. Bekanntlich beziehen die deutschen Konsumgenossenschaften den größten Teil ihrer frischen Butter aus Holland und Dänemark, weil die deutschen Lieferanten eine gleichmäßige Ware nicht zu liefern vermögen. Dänemark sowohl wie Holland haben keine oder ganz geringe landwirtschaftliche Großbetriebe, Kleinbauern beherrschen dort das Feld. Diese sind aber genossenschaftlich vorzüglich organisiert. Nur durch diesen Zusammenschluß ist eine hohe Qualitätsleistung möglich. Statt immer nach Staatshilfe zu schreien, sollten sich die deutschen Landwirte einmal bemühen, das zu vollbringen, was die ausländische Landwirtschaft spielend vermag.

Die deutsche Auswanderung.

Im Jahre 1927 haben 61 000 Deutsche den Staub des Vaterlandes von den Füßen geschüttelt. Das entspricht den Zahlen aus den beiden vorhergehenden Jahren. Einen Höhepunkt bildete das Elendsjahr 1923, wo 115 000 Deutsche auswanderten. Süddeutschland stellt verhältnismäßig mehr Auswanderer als Norddeutschland. In Preußen wanderten rund 40 % mehr Männer als Frauen aus. Dem Beruf nach gehörten rund 20 000 Auswanderer der Industrie an, 15 000 der Landwirtschaft und 9000 dem Handel und Verkehr.

Die Reparationssachlieferungen im Jahre 1927. Ueber eine halbe Milliarde Mark an Reparationssachlieferungen hat Deutschland im Jahre 1927 an seine Reparationsgläubiger ausgeführt. Der Wert dieser Sachlieferungen beträgt ungefähr die Hälfte der von Deutschland überhaupt im vorigen Jahre auf Reparationskonto geleisteten Zahlungen. Die Sachlieferungen sind, da die von Deutschland zu zahlenden Reparationsbeträge an sich immer noch steigen, seit 1924 von Jahr zu Jahr größer geworden. Sie betrugen 1927 schon 5,6 % der gesamten deutschen Ausfuhr im freien Handelsverkehr. Nachstehend sind die wichtigsten Staaten, an die Deutschland auf Grund des Dawesplanes Sachlieferungen im vorigen Jahre geleistet hat, unter besonderer Aufführung der hauptsächlichst gelieferten Rohstoffe und Fertigwaren aufgeführt:

Länder bezw. Waren	Reparations-Sachlieferungen in Mark	in v. H. der Ausfuhr im freien Handelsverkehr
Insgesamt	576 300 000	5,6
Davon nach		
Belgien:	61 810 000	20,5
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	16 200 000	.
Farben, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	14 200 000	.
Schwefelsaures Ammoniak	5 900 000	.
Frankreich:	364 380 000	184,8
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	185 800 000	.
Schwefelsaures Ammoniak	31 400 000	.
Bau- und Nutzholz	15 700 000	.
Maschinen (außer elektrischen)	12 400 000	.
Wasserfahrzeuge	10 200 000	.
Griechenland:	3 840 000	7,0
Möbel und andere Holzwaren	3 400 000	.
Italien:	75 940 000	19,7
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	60 100 000	.
Steinkohlenteeröle u. -derivate	7 100 000	.
Maschinen (außer elektrischen)	3 100 000	.
Jugoslawien:	42 560 000	58,7
Eisenwaren	12 700 000	.
Elektrische Maschinen	7 700 000	.
Maschinen (außer elektrischen)	7 600 000	.
Maschinen u. andere Holzwaren	3 300 000	.
Rumänien:	12 080 000	8,2
Maschinen (außer elektrischen)	7 100 000	.
Eisenwaren	4 400 000	.
Algerien:	7 670 000	1096,0
Steinkohlen, Koks, Preßkohlen	7 600 000	.
Japan:	4 940 000	2,8
Maschinen (außer elektrischen)	2 500 000	.
Elektrische Maschinen	800 000	.
Eisenwaren	600 000	.
Madagaskar:	1 220 000	244,0

Das Verhältnis der Reparationssachlieferungen zu den sonst im freien Handelsverkehr aus Deutschland bezogenen Waren ist in den einzelnen Ländern ein recht verschiedenes, aber doch immer ein beachtlich hohes. Frankreich erhält fast das Doppelte, seine Kolonien Madagaskar und Algerien erhalten das Zweieinhalbfache beziehungsweise sogar das Zehnfache an Reparationssachleistungen als sie Waren im freien Handelsverkehr beziehen. Im wesentlichen sind es Kohle, chemische Erzeugnisse und Maschinen, die Deutschland an Stelle der sonst fälligen Barzahlungen an die Alliierten auf Reparationskonto liefert.

Arbeiterversicherung

Haben die Versicherungsämter in der Arbeitslosenversicherung Auskunft zu erteilen?

Zu dieser Frage hat sich der Reichsarbeitsminister — der Auffassung des Reichsversicherungsamtes folgend — dahin ausgesprochen, daß die Zuständigkeit der Versicherungsämter zur Erteilung von Auskünften auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung insoweit gegeben ist, als Vorschriften der Reichsversicherung auf diese Anwendung finden oder die Versicherungs- oder Oberversicherungsämter über Fragen der Arbeitslosenversicherung zu entscheiden haben. Das sei nach § 77 Absatz 5, § 78, § 79 Absatz 2 und § 145 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hinsichtlich aller Fragen der Fall, die die Versicherungs- und Beitragspflicht in der Arbeitslosenversicherung oder die Befreiung von dieser Pflicht betreffen. Nicht das gleiche gilt dagegen bezüglich der Versicherungsleistungen, soweit über diese im Streitfall von den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung zu entscheiden ist. ck.

Keine Kürzung der Altersrenten bei Invalidität aus Unfall.

Nach § 1311 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung ruht, wenn die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles ist, der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallrente entspricht. Die Streitfrage, ob diese Vorschrift auch bei einem Bezieher der Altersinvalidenrente, der während der Zeit des Rentenbezuges infolge eines Betriebsunfalles „invalide" wird, Anwendung zu finden hat, ist nun vom Reichsversicherungsamt (II a 22/66/27/10) grundsätzlich zugunsten der Versicherten entschieden. Es heißt in den Urteilsgründen:

„Die für die Anwendung des § 1311 Absatz 1 Satz 1 der RVO. erforderliche Voraussetzung, daß der Versicherungsfall der Invalidität Unfallfolge ist, ist in dem vorliegenden Falle, in dem der Kläger zur Zeit des Unfalles bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatte und auf Grund dessen die Invalidenrente bezog, nicht gegeben. Der Kläger war durch den Bezug der Invalidenrente aus dem Versicherungsverhältnis ausgeschieden, und es war daher kein Raum mehr für den Eintritt des Versicherungsfalles der Invalidität. Die Vorschrift des § 1311 Absatz 1 Satz 1 a. a. O. ist mithin nicht anwendbar. ck.

Ein Bescheid des Präsidenten der Reichsanstalt.

Vorbehaltlich der Entscheidung im Spruchverfahren hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung folgenden Bescheid erlassen (Reichsarbeitsblatt 1928, Heft 12):

„Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß Bauarbeiter, die unmittelbar nach Rückkehr von der Bausaison Holzfällungsarbeiten aufnehmen und später arbeitslos werden, in die Lohnklassen der Arbeitslosenversicherung nicht nach dem Verdienstdurchschnitt der letzten 13 Wochen vor der Arbeitslosmeldung, sondern nur nach dem Bauarbeiterverdienst eingestuft werden. Eine solche Auslegung stünde mit § 105 Absatz 2 Satz 1 AVAVG. in unlösbarem Widerspruch. Zur Rechtfertigung kann nicht etwa meine Rundverfügung vom 7. Januar 1928 — III 159 — (dienstliche Mitteilung 13/28) herangezogen werden, in der ich den Landesarbeitsämtern und den öffentlichen Arbeitsnachweisen empfohlen habe, solange keine gegenteilige Entscheidung des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung vorliegt, nach Unterbrechungen des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung von einer Neueinstufung abzusehen. Denn im letzteren Falle kann man die Auffassung vertreten, nachdem die Unterstützung einmal begonnen habe, sei ein Unterstützungsanspruch von bestimmter, unveränderlicher Höhe entstanden. An einer solchen Festlegung fehlt es aber, wenn sich die Holzfällungsarbeiten unmittelbar an die Saisonbeschäftigung anschließen. Wollte man den gegenteiligen Standpunkt einnehmen, so würde § 105 Absatz 2 Satz 1 AVAVG. schließlich seine Bedeutung verlieren."

Dieser Bescheid des Präsidenten der Reichsanstalt wird die Versicherten sehr zum Nachdenken anregen. Der frühere höhere Arbeitsverdienst soll für die Einreihung in die Lohnklasse der Arbeitslosenversicherung dann maßgebend sein und bleiben, wenn sich die minderbezahlten Arbeiten nicht unmittelbar an die besserentlohnte Beschäftigung anschließen, vielmehr dazwischen der Eintritt des Unterstützungsfalles lag. ck.

Aus den Arbeitsgerichten

Anwaltszwang in der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Das Arbeitsgerichtsgesetz schreibt in den in § 2 unter 5. aufgeführten Streitfällen aus dem Betriebsrätegesetz das „Beschlußverfahren" vor (§§ 80 ff.). Gegen die das Verfahren beendenden Beschlüsse der Arbeitsgerichte findet die Rechtsbeschwerde statt. Für die Entscheidung über Rechtsbeschwerden sind die Landesarbeitsgerichte zuständig. Betrifft das Beschlußverfahren Unternehmungen oder Verwaltungen, die sich über den Bezirk eines Landes hinaus erstrecken oder die hinsichtlich der dienstlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer der Aufsicht des Reichs unterstehen, so ist für die Entscheidung über Rechtsbeschwerden das Reichsarbeitsgericht zuständig.

Von einem Gewerkschaftssekretär war nun durch eine von ihm selbst unterzeichnete Schrift beim Landesarbeitsgericht „Rechtsbeschwerde" erhoben, die zuständigkeitshalber an das Reichsarbeitsgericht weiterging. Die Rechtsbeschwerde ist durch Beschluß des Reichsarbeitsgerichts als unzulässig verworfen worden, weil sie nicht von einem Rechtsanwalt unterzeichnet worden war. In den Gründen des Beschlusses heißt es:

„Die Rechtsbeschwerde ist an sich das zur Anfechtung des bezeichneten Beschlusses nach § 85 Abs. 1 AGG. zulässige Rechtsmittel. . . Die Beschwerdeschrift ermangelt jedoch der vom Gesetz vorgeschriebenen Form. Nach § 87 Abs. 1 AAG. wird die Rechtsbeschwerde durch Einreichung einer Beschwerdeschrift beim Beschwerdegericht oder durch Erklärung zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat, eingelegt. Erfolgt, wie im vorliegenden Falle, die Einlegung durch Einreichung einer Beschwerdeschrift, so unterliegt diese, da die Beschwerde erst durch Einreichung bei dem Beschwerdegericht als erhoben gilt, auch den Formvorschriften, die das Gesetz für das Verfahren vor dem Beschwerdegericht bestimmt hat. Nach § 11 AAG. muß aber die Partei vor dem Reichsarbeitsgericht durch eine bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten sein. Aus dieser Bestimmung, die auch für das Reichsbeschwerdeverfahren gilt, folgt, daß auch die bei dem Reichsarbeitsgericht einzureichende Rechtsbeschwerdeschrift von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein muß. Da dies im vorliegenden Falle nicht geschehen ist, ist die Rechtsbeschwerde nicht rechtswirksam eingelegt, vielmehr als unzulässig zu verwerfen. . ."

Nach dem in der Begründung des Beschlusses angezogenen § 11 AGG. müssen sich die Parteien vor den Landesarbeitsgerichten und vor dem Reichsarbeitsgericht durch Rechtsanwälte als Prozeßbevollmächtigte vertreten lassen; zur Vertretung berechtigt ist jeder bei einem deutschen Gericht zugelassene Anwalt. An ihre Stelle können vor den Landesarbeitsgerichten — nicht aber vor dem Reichsarbeitsgericht — Mitglieder und Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigung treten, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, sofern die Vereinigung, der Verband oder Mitglieder der Vereinigung Partei sind.

Ein Anwaltzwang besteht allerdings bei der „Rechtsbeschwerde" weder für das Verfahren beim Landesarbeitsgericht noch beim Reichsarbeitsgericht, wenn die Rechtsbeschwerde durch Erklärung zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat, eingelegt wird (§ 87 Abs. 1).

Verschiedenes

Blechverbrauch und Kultur. Es wird die Ansicht vertreten, daß der Verbrauch an Eisen und Eisenwaren ein Gradmesser der Kultur sei. Dies trifft vor allem auf Feinblech zu, weil kein Eisenprodukt so sehr in die weitesten Volkskreise eindringt als dieses. Vergleicht man die Haupterzeugungs- und Verbrauchsländer miteinander, so ergibt sich für die Jahre 1913 und 1926 folgendes Bild: Der Blechverbrauch

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum - - - -

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen! - - - -

in Kilo pro Kopf der Bevölkerung betrug in Deutschland 1913 27,5 kg, 1926 17,4 kg; Frankreich 16,4 und 21,0 kg; Belgien und Luxemburg 28,8 und 32,1 kg; Großbritannien 23,2 und 36,1 kg; Vereinigte Staaten von Nordamerika 67,6 und 105,4 kg. Der abweichende Blechverbrauch in den Vereinigten Staaten zeigt, wie verschieden die Lebensbedürfnisse sind. Der Mehrverbrauch Amerikas liegt in der kolossalen Entwicklung der Automobilindustrie und der großartig aufgezogenen Konservenindustrie. Der Blechverbrauch der deutschen Automobilindustrie betrug im letzten Geschäftsjahr 10 000 Tonnen gegen 1 200 000 Tonnen in den Vereinigten Staten. Auch ohne Weißblech und Automobilbleche hat Amerika immer noch einen zweieinhalbfach größeren Verbrauch an Blech als Deutschland.

Fachtechnisches

Der Verein Deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Ingenieurhaus, hält vom 8. bis 11. Juni 1928 in Essen seine 67. Hauptversammlung ab. Mit der Tagung ist eine Ausstellung „Kunst und Technik" in den Räumen des Folkwangmuseums verbunden, auch Besichtigungen von Bergwerken, Hüttenwerken, Maschinenfabriken, Elektrizitätswerken, Hafenanlagen, Bauingenieurwerken und Wohlfahrtseinrichtungen werden vorgenommen. Die Anmeldungen hierzu müssen bis spätestens 28. Mai bei Dr. Moser, Essen, Frohnhauser Straße 76, erfolgt sein. Von den verschiedenen Fachsitzungen, die während der Tagung stattfinden, wird die über **Anstrichtechnik,** Vortragssaal Kaupenhöhe, am 10. Juni, vormittags 9 Uhr, stattfinden. Es sprechen: Oberbaurat Luther, Berlin, über „Technische Vorbereitung für Anstriche", Oberbaurat König, Magdeburg, über „Beobachtungen über die Beanspruchung von Schutzanstrichen an Fahrzeugen" und Dr. Droste, Leverkusen, über „Seifenbildung in Anstrichen, ihr Nachweis und ihre Bedeutung für die Haltbarkeit der Anstriche". Eintrittskarten dazu für Nichtmitglieder sind von der Geschäftsstelle des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Ingenieurhaus, Fachausschuß für Anstrichtechnik, kostenlos zu beziehen.

Fachliteratur

Die Fabrikation der Kopal-, Terpentin- und Spirituslacke. Von L. E. Andés und Erich Stock, 4. vollständig umgearbeitete und vermehrte Auflage. Mit 1 Tafel und 113 Abbildungen. 28 Bogen Oktav, 9 M in Leinwand, gebunden 10 M. Chem.-techn. Bibl. Bd. 102. A. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.

Während vor nicht allzu langer Zeit die Lackfabrikation nur rein erfahrungsgemäß betrieben wurde und als — nach Möglichkeit geheimgehaltene — Kunst sich von Generation zu Generation vererbte, ist heute die wissenschaftliche Durchdringung der Lackerzeugung vollzogen: Die Fabrikation muß rationell betrieben werden und in enger Verbindung mit wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis stehen, wenn die betreffende Unternehmung im Konkurrenzkampf sich durchsetzen will.

Das vorliegende Buch in seiner neuen, durchgreifenden Bearbeitung verwertet die neuesten Ergebnisse von Wissenschaft und Praxis. Es behandelt eingehend nach Erlä rung des Begriffes „Lacke und Firnisse" und Angabe wi tiger Daten über die Geschichte, Anwendung und Verw dung der Lacke zunächst die Prüfungsverfahren, dann drei Gruppen der Rohmaterialien, ihre Auswahl, Norm und Zubereitung. Dann wird in ausführlicher Weise Fabrikation der Lacke (Oellacke, Terpentinöl-Benzinla Spiritus- und Zelluloselacke, verschiedene Lacke) besproch Der reiche Inhalt des zeitgemäß bearbeiteten Buches bie den Interessenten eine Fülle von Belehrungen und regungen und wird dem bestbekannten Werke gewiß wie neue Freunde zuführen.

Literarisches

Lebensgestaltung und Klassenkampf. Von Dr. Otto Neur Schriftenreihe „Neue Menschen". Umfang 152 S. Preis 2,50 M, Leinen 3,50 M. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. b. H., Berlin W. 30. — Die Kritiker der bürgerlichen Lebens- Gesellschaftsmoral, die den Widerspruch zwischen der priv Lebensführung und den offiziellen Sittengesetzen angreifen, s tern immer an der Tatsache, daß sie ihn nicht als Notwendig aus der wirtschaftlichen Grundlage der Klassenordnung erken Sie wollen verbessern, was ausgerissen werden muß, wenn sittliche Forderung der Uebereinstimmung von öffentlicher privater Lebensmoral sich verwirklichen soll. Dr. Neurath in seinem neuen Buche zeigen, welche Möglichkeiten dem So listen sich schon in der kapitalistischen Gesellschaft bieten, Lebensgrundsätze trotz dem soziologischen Zwange der ka listischen Wirklichkeit zu erproben und zu befestigen. Die w tigsten Probleme der Zeit — Gemeinschaftsleben, ewiger Fr Rationalisierung, Religion, Erziehung usw. — werden in Bedeutung für die Bildung des neuen sozialistischen Men sowohl wie in ihrer Bindung an die gegenwärtige Gesellsch ordnung untersucht, mitten hineingestellt in den Kampf Klassen, der ihre Aktualität bestimmt. Mit der Sonde marxistischen Wertung aller Werte legt Neurath Hintergr und Bedeutung seiner Themen bloß, um den überzeugenden weis zu führen, daß ihre Lösung zwar jetzt vorbereitet wird den proletarischen Klassenkampf, aber erfolgen kann erst in sozialistischen Gesellschaft selbst. Bis dahin wird zwischen Sehnsucht nach sozialistischer Lebensgestaltung und der gesells lichen Möglichkeit der Widerspruch klassen, der schmerzlich ist, zugleich die seelische Spannung erhält, die Gegenwart im blick auf die Zukunft kämpferisch zu ertragen.

„Arbeiter-Sprachzeitung". Das sechste Heft dieser sozialisti Monatsschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, soeben erschienen. Aus dem Inhalte dieser neuen Nummer besonders erwähnt: Schrift, Sprache, Volkstum; die Schwie keiten der Groß- und Kleinschreibung in der deutschen Spra Französisch für Vorgeschrittene; Englisch (mit Aussprache nung) für Anfänger und Vorgeschrittene; Winke für wanderer. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 M. Einzelheft kostet 40 ₰. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch Parteibuchhandlungen, durch den Fox-Verlag, Berlin W. 57, durch die Postanstalten.

Illustrierte Reichsbannerzeitung. Verlag J. H. W. Dietz Na Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Diese belehrende, wöchentlich scheinende republikanische Zeitschrift muß in allen Kreisen Ein finden. Die Einzelnummer kostet 25 ₰.

Vom 6. Mai bis 12. Mai ist die 19. Beitragswo
Vom 13. Mai bis 19. Mai ist die 20. Beitragswo

Vereinsteil

Bericht der Hauptkasse für Monat April

Eingesandt haben: Aschaffenburg 480,94 M, Bamb 300, Berlin 3500, Coblenz 100, Dessau 500, Duisburg Emden 150, Essen 1000, Flensburg 600, Forst 250, Frank a. M. 3200, Frankfurt a. d. O. 214,50, Freiburg 100, Gie 300, Halle 400, Hamm 150, Heidelberg 700, Herford Hof 120, Kaiserslautern 200, Kiel 1300, Köln 800, Lei 800, Lindau 77,95, Lübeck 600, Luckenwalde 200, Mag burg 1200, Moers 70, Oberstein 40, Potsdam 1000, Pre lau 100, Reichenbach 271,20; Singen 50, Stralsund Stuttgart 3600, Swinemünde 150, Tilsit 100, Wi baden 700. J. Heirich, Kassierer

Warnung!

Im Bureau unserer Stuttgarter Filiale stellte sich angeblicher Lackierer vor, dessen Legitimationspapiere den Namen Wolf Beer Gutkmann lauteten. österreichische Bauarbeiterverbandsbuch enthielt als Eintri datum das Jahr 1904. Er sei mittellos und wolle nach K burg, wo er früher als Lackierer gearbeitet, in Wien kom er keine Arbeit erhalten. Drei Tage später sprach der M bei unserer Karlsruher Filiale vor, mit dem Ersuchen Unterstützung, da er nach Paris wolle. Anscheinend tr wieder ein Gauner sein Spiel mit gestohlenen Papier Die Filialen müssen auf der Hut sein.

Sterbetafel.

Berlin. Infolge eines Unglücksfalles starb unser Mitgli der Lackierer Franz Dömschke, geboren 20. S tember 1878 zu Berlin.

Grünberg (Schlesien). Am 25. April verschied unser la jähriges Mitglied, der Lackierer Richard Ma im 55. Lebensjahre an Leberleiden.

Niesky, O. L. Am 14. Februar starb unser treues Mitgl Emil Zückert infolge eines Herzschlags.

Ehre ihrem Andenken!

DIE TECHNIK DER HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 18 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.